Nr. 97. Halle (Saale), Donnerstag, den 26. April 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. ohne vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Parr 42/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Weißenfels, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 40 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (60 mm breite Kolonelzeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Parr 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 9.7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 26. April 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Gestern raffte sich der Feind bei Arras nur noch zu Teilangriffen auf.

Südlich der Scarpe stürmten seine Angriffswellen dreimal gegen unsere Linien, dreimal sinkten sie zurück.

Der Artilleriekampf hielt in einigen Abschnitten in beträchtlicher Stärke an.

Bei Gavrelle liegt unsere Stellung am östlichen Dorfrande.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Die Gesamtlage ist unverändert. Der Feuerkampf beschränkte sich auf begrenzte Frontstrecken.

Bei Hurtebise-Ferme und östlich wurden durch Vorstöße, bei denen wir 3 Offiziere und mehr als 160 Franzosen zu Gefangenen machten, unsere Stellungen auf dem Chemin des Dames verbessert.

Am Abend griff der Feind nach heftiger Feuersteigerung beiderseits von Braye in 3 Kilometer Breite an; er wurde blutig abgewiesen.

In der Champagne kam es nur zu Handgranatenkämpfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Keine besonderen Ereignisse.

Gestern verlor der Feind 6 Flugzeuge, von denen Leutnant Schäfer zwei, seinen 22. und 23. Gegner, abschoß.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Riga, bei Jakobstadt, Smorgon, westlich von Luck, östlich von Zloczow, in der Zlota Lipa und längs Putna und Sereth hat die russische Feuertätigkeit und entsprechend unser Vergeltungsfeuer zugenommen.

Mazedonische Front. Aussagen von Gefangenen aus dem Kampfe am Doiran-See am 34. April ergeben, daß dort die Engländer mit starken Kräften auf schmaler Front einen in seinen Zielen weitgesteckten Angriff geführt haben. Die wackere bulgarische Infanterie hat einen schönen Erfolg davongetragen, alle ihre Stellungen behauptet und dem Feind im Verein mit deutschen und bulgarischen Maschinengewehren und Batterien schwere Verluste zugefügt.

Das blutige Ringen im Westen.

Berlin, 25. April. (W. T. B.) Auch am 24. April machten die Engländer die verzweifeltsten Anstrengungen, das Schicksal der Schlacht bei Arras zu ihren Gunsten zu wenden, und die schwere Niederlage des 23. April auszugleichen. Wie am vorigen Tage verschellten auch diesmal wieder die mit äußerster Hartnäckigkeit vorgetragenen englischen Massen-Angriffe blutig an der unerschütterlichen Mauer der deutschen todesentschlossenen tapferen Verteidiger. Ohne den Engländern irgend einen Erfolg zu bringen, hat der 24. April die englischen Verluste verdoppelt. Nach Berichten der Kampftruppe wurden ganze Sturmreihen der Engländer vom sicheren Maschinengewehrfeuer einfach umgelegt. Andere englische Sturmhaufen gerieten in das deutsche Vernichtungsfeuer der Haubitzen und Feldgeschütze, und wurden völlig zermalmt. Wielerorts liegen zertrümmerte englische Panzerwagen, von Gefallenen umgeben, die hinter den zerschmetterten Tanks Schutz suchten. Besonders beiderseits der Straße Arras—Cambrai liegen die englischen Gefallenen in förmlichen Barrieren.

25. April morgens: Starkes Feuer die ganze Nacht hindurch auf dem Nordflügel. Um Gavrelle wurde die Nacht hindurch und auch morgens noch erbittert gerungen. Südlich der Scarpe tobte die ganze Nacht heftiger Artilleriekampf. Seit 4 Uhr morgens sind erneute Kämpfe im Gange. Das feindliche Feuer liegt seit den Abendstunden mit besonderer Stärke auf dem Abschnitt Bullecourt bis südlich Vis-en-Artois.

Deutsche Torpedoboote beschießen Dünkirchen.

Berlin, 25. April. (Amtlich.) Torpedoboote des Marinekorps unter dem Befehl des Kapitänleutnants Ifsmann griffen in der Nacht vom 24. auf den 25. April Festung und Reede von Dünkirchen an. Auf 5000 Meter Entfernung wurden 250 Sprenggranaten gegen die Hafenanlagen gefeuert, die durch Leuchtgeschosse erhellt wurden. Die Erwiderung des Feuers durch die feindlichen Küstenbatterien blieb wirkungslos. Nach der Beschießung wurde das Fahrwasser nach feindlichen Bewachungsstreitkräften abgesucht. Hierbei kam es zu einem kurzen Gefecht mit zwei anscheinend französischen Torpedobooten, von denen eines durch Torpedotreffer versenkt wurde. Ein gleich darauf angetroffenes anderes Torpedofahrzeug wurde durch Artilleriefeuer vernichtet. Versuche, die Ueberlebenden der beiden versenkten feindlichen Fahrzeuge zu retten, mußten aufgegeben werden, da vom Lande heftiges Geschützfeuer einsetzte. Alle eigenen Boote sind ohne Beschädigung oder Verluste zurückgekehrt. — Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bissings Nachfolger. Der General der Infanterie Frhr. v. Falkenhausen, bisher Befehlshaber der 6. Armee, ist unter Beförderung zum Generalobersten zum Generalgouverneur Belgiens ernannt worden.

Der Krieg zertrampelt auch die englische Preßfreiheit. Daily Telegraph meldet: Auf eine Anfrage erklärte der Unterstaatssekretär des Krieges, daß für 28 Zeitungen des Vereinigten Königreichs die Ausfuhr nach dem Auslande verboten sei.

Ein neues Ministerium in Portugal. Lissabon, 25. April. (Agence Havas.) Alfonso Costa hat folgendes Kabinett gebildet: Ministerpräsident und Finanzminister Alfonso Costa, Kriegsminister Mendes Ribeiro Norton de Matos, Marineminister Rantes Feireira, Minister für auswärtige Angelegenheiten Auguste Soares. (W. T. B.)

Um Preußen.

Der Voss. Ztg. wird aus parlamentarischen Kreisen berichtet, daß die Arbeit für die kommende Wahlrechtsvorlage in Preußen gegenwärtig von den zuständigen Stellen eifrig betrieben werde.

Weiter berichtet das Blatt: „Da der Grundsatz, daß das kommende Wahlrecht allgemein, geheim und direkt sein soll, bereits in der Kaiserlichen Osterbotschaft festgelegt ist, handelt es sich für die Regierung vor allem darum, das Material für die vierte Wesenseigenschaft des neuen Stimmrechts zu sammeln, d. h. festzustellen, welche Wirkungen ein völlig gleiches und ein pluurales (mit seinen verschiedenen Abarten und Kombinationen) Stimmrecht haben würde. Ebenso wie der Proporz allein oder in Verbindung mit dem Pluralwahlrecht wirken würde. Diese voraussichtlichen Wirkungen sollen in einer Reihe von Wahlkreisen, die sich dazu besonders eignen, an Hand der durch die Statistik ermittelten Verhältnisse untersucht werden. Die Regierung scheint die Absicht zu haben, dieses Material dem Abgeordnetenhaus entsprechend geschichtet zugehen zu lassen, bevor sie selbst einen Entschluß faßt. In parlamentarischen Kreisen besteht daher die Meinung, daß die Regierung es als wesentliche Erleichterung ihrer Aufgabe betrachten würde, wenn die Parteien des Abgeordnetenhauses, die die Wahlreform machen wollen, auf Grund des ihnen vorgelegten Materials ihrerseits zu bestimmten Anträgen gelangen würden."

Das Berl. Tageblatt berichtet, im Preußischen Abgeordnetenhause werde angeregt werden, auch den Gemeinden ein anderes Wahlrecht zu geben. Man nimmt aber an, daß die neue Wahlreform sich mit diesen Fragen noch nicht beschäftigen, sondern sich nur mit einem neuen Wahlrecht zum Landtage, mit einer Neugestaltung des Herrenhauses und mit einer Neueinteilung der Wahlkreise befassen wird.

•

Aus allen Ankündigungen geht immer wieder hervor, daß die Regierung wohl die Stimmabgabe geheim und direkt gestalten will, daß sie aber die Rechtsgleichheit nicht zugesteht. „Für das Klassenwahlrecht ist kein Raum mehr" — das hat man in manchen Kreisen so verstanden, daß mit der Aufhebung der Klassen die Rechtsgleichheit gemeint sei. Wir haben vor dieser Selbsttäuschung gewarnt. Die Regierung arbeitet an Unterlagen für ein „Stufen"wahlrecht, wobei man fragen muß, was denn der Unterschied zwischen Klasse und Stufe sei? Die weiten Volksmassen, die mehr als 80 Prozent bisheriger preußischer Drittklassiger forderten aber, daß keine neuen — „Stufen" errichtet werden, sondern daß sie das gleiche Recht bekommen, wie die andern. Das ist nichts Unerhörtes, das ist nichts Revolutionäres, das ist nur einfach — das Reichstagswahlrecht. Es ist gleich, geheim, direkt. Nur seine Allgemeinheit muß erweitert werden (Frauen) und die Wahlkreiseinteilung soll gerecht sein, oder besser noch: das Verhältniswahlsystem müßte eingefügt werden. Was man fürs Reich zugesteht, darf man in Preußen nicht verweigern. Und was man im Staate gewährt, hat man in der Gemeinde nicht vorzuenthalten. Der Kampf um die Gleichheit des Wahlrechts wird entbrennen; er ist eine durch die Entwicklung gegebene geschichtliche Notwendigkeit. Er wird durchgeführt werden bis zum Erfolge.

•

Die Fortschrittler halb und halb.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei Groß-Berlins tagte am Dienstag. Dr. Wiemer referierte über die Neuorientierung und Cassel über die Reform in Preußen. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Zur Entwicklung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens im Reich und in den Einzelstaaten ist die Verstärkung der Rechte und der Mitwirkung des Parlaments, sowie die Verwirklichung der Ministerverantwortlichkeit geboten. Die Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehung des Standes, der Partei oder des Glaubens ist unverzüglich sicherzustellen." — Für Preußen wird das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, sowie die Neueinteilung der Wahlkreise verlangt und erwartet, daß die Regierungen in Reich und Staat „entschlossen und tatkräftig die erforderlichen Maßnahmen unverweilt treffen werden, damit die Erneuerung wichtiger Teile unseres Staatslebens im Wege der Gesetzgebung wie durch Reformen in der Verwaltung so schleunig wie möglich gesichert wird".

Die Fortschrittler fordern also nur „Mitwirkung" des Parlaments, nicht aber parlamentarisches Regiment, ganz zu schweigen von freier Selbstbestimmung des Volkes sie wollen nur „Ministerverantwortlichkeit". Bescheidener kann man wirklich nicht mehr sein! Was nutzt ein gutes Wahlrecht, wenn das gewählte Parlament schwach ist und nur bescheiden „mitwirken" darf. Und die Fortschrittler sind bekanntlich die — radikalsten der gesamten bürgerlichen Parteien. Was wird da aus dem Verfassungsausschuß herauskommen.

Wilsons Kriegsziele.

Der Times zufolge gibt die World in einem Bericht aus Washington folgende Darstellung der Wilsonschen Kriegsziele: Der Präsident wird eine Verwendung amerikanischer Streitkräfte in Europa zum Zwecke von Gebietserweiterungen irgendeiner Nation nicht gutheißen. Amerikas Hauptziele sind Wiederherstellung des Weltfriedens, Erzwingung von Achtung für die Rechte der Vereinigten Staaten, Unterstützung bei der Vernichtung der deutschen Militärherrschaft und ein Zwangsabkommen mit der künftigen deutschen Regierung zur Einschränkung der Rüstungen auf reine Territorialzwecke.

Berlin, 26. April. Zu Wilsons Kriegszielen heißt es in verschiedenen Blättern u. a., Wilson werde sich bereit erklären, mit den Alliierten zusammenzuwirken, um von Deutschland eine Kriegsentschädigung zu erhalten, die für den Wiederaufbau Belgiens verwendet werden soll.

Das größte Kriegsschiff der Welt. Lyoner Blätter melden aus Washington den Stapellauf des größten Kriegsschiffes der Welt, des Ueberdreadnoughts New Mexiko von 32 000 Tonnen Wasserverdrängung.

Tausend Tage Weltkrieg.

Die Zeitungen erinnern daran, daß am heutigen 26. April 1000 Tage verflossen sind, seit Deutschland den Krieg an Rußland erklärte. Tausend Tage Krieg! Tausend Tage Zerstörung, Zerfleischung, Vernichtung! Ein schauriges „Jubiläum" menschlicher Verirrung und kulturellen Niedergangs.

Im Tiefsten erschüttert uns wohl alle die Feststellung, daß die Leidenschaft des Tötens und Vernichtens nicht etwa abgenommen, sondern sich von Tag zu Tag gesteigert hat. Nun scheint sie auf dem Höhepunkte zu sein — wenigstens möchte man glauben, daß eine abermalige Ueberbietung des gegenseitigen menschlichen Schlachtens ausgeschlossen wäre. Doch das haben viele von uns schon oft geglaubt, aber menschlicher Wahnwitz hat das Gegenteil erwiesen.

Der Krieg ist allgemach zu einem Ringen zweier imperialistischer Machtgruppen um die Herrschaft der Welt geworden. Zuerst kämpften Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegen Frankreich, Rußland und England, gegen Serbien und Belgien. Dann traten auf der anderen Seite hinzu Montenegro, Japan, Italien, Portugal, Rumänien. Inzwischen hatten sich die Türkei und Bulgarien den Mittelmächten angeschlossen. Und nun stieß auch noch Amerika zu den Gegnern, ebenso China, Kuba, Brasilien. Was noch folgen wird — wer vermöchte es vorauszusehen.

Das Maß des gegenseitigen menschlichen Tötens scheint noch nicht voll zu sein. Jede Regierung erklärt, nur für die Ermöglichung eines dauernden Friedens zu kämpfen, doch die Vorstellungen über die Bedingungen eines solchen sind noch hoffnungslos entgegengesetzt. So muß denn das kostbarste Blut der Menschheit weiter fließen. . . .

Und wirtschaftlich? Dieser Weltkrieg, dessen wirtschaftliche Ursachen im allgemeinen feststehen, wenn sie auch im einzelnen strittig sind, dieser Krieg ist wirtschaftlich der größte Widersinn, der gerade unter dem Gesichtspunkte der Entfaltung der Erwerbskräfte, der Gewinnung von Reichtum, des Vorbringens im Welthandel gedacht werden kann. Dieser Weltkrieg ist eine Schwächung aller an ihm beteiligten Mächte, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Alle wirtschaftlichen Hoffnungen, die der Krieg ausgelöst hat, schlagen in das Gegenteil um, alle europäischen Mächte werden aufs Tiefste durch den Krieg geschädigt. Nicht die wirtschaftliche Vorherrschaft in der Welt wird das Ergebnis des Krieges sein, sondern die harte Notwendigkeit, die schweren Wunden langsam und mit beschränkten Mitteln zu heilen, die dieser Krieg geschlagen hat. Nur die dem Kriege fernstehenden Nationen werden aus dem Kriege Gewinn ziehen.

Dieser Krieg wird zur gewaltigsten Predigt für den Frieden! Niemals wurde der Krieg so heftig in seiner ganzen Kulturwidrigkeit klargestellt, nie wurde der Krieg so unhaltig erkannt zur Austragung von Völkerkonflikten, als in diesen tausend Tagen. Niemals wurden alle Kräfte so restlos in den Dienst des Krieges gestellt als in dieser Zeitspanne. Aber niemals erwies sich auch die militärische Gewalt, so sehr sie alle Kraft in sich vereinte, so sehr sie ins Gigantische wuchs und alle vorangegangenen Kriege zwerghaft erscheinen ließ, niemals erwies sich die militärische Macht so unhaltig, dem Kriege den Sieg folgen zu lassen, als bisher in diesen tausend Tagen.

Was der Kapitalismus, was die Wissenschaft, was Technik und Erfindungsgeist in immer von neuem übertroffenen und die Menschen in Erstaunen setzenden Höchstleistungen aufweisen konnten, wurde zum dienenden Glied des Krieges bei uns wie bei den Gegnern, bei unseren Verbündeten, wie bei den Neutralen, die immer neue Waffen schmiedeten für die im Kriege stehenden Nationen.

Jelänger der Krieg dauerte, desto später sah man sein Ende. Im ersten Monat sah man es nahe, in den ersten hundert Tagen schien es möglich. Je mehr hundert Tage sich an die ersten hundert reihten, desto ferner entschwand dem hoffenden Sehnen der Menschheit der kommende Tag des Friedens. Immer klarer wurde es, daß der Krieg nicht den Frieden bringen könne, daß alle militärischen Anstrengungen, daß alle Steigerung der Feindschaft, auch die bollkommenste Aufstachelung der Leidenschaften, auch alle Vergiftung der Geister, auch alle Verschroffung der Seelen, auch alle Stillsetzung des Gemütes dem Krieg nicht die Kraft schaffen konnten, dem Krieg ein Ende zu bereiten.

Tausend Tage des Krieges hinter uns! Die fürchterlichsten Schlachten der Weltgeschichte am Ende dieser tausend Tage, und doch sehen Angreifer wie Abwehrer in diesen Schlachten nur ein neues Blatt dieses Krieges und nicht den entscheidenden Tag. Dieser Krieg hat eine Macht offenbart, wie sie niemals in der Weltgeschichte aufgeboten wurde. Niemals standen so viel Menschen im Kriege, niemals hatte jeder einzelne so viel zu leisten. Niemals haben die Völker so vieles im Kriege geopfert als in den verflossenen Tagen. Mit den höchsten Steigerungen, die die Sprachen aller Völker zulassen, muß von diesem Kriege gesprochen werden, und doch vermochte er nicht in tausend Tagen das Kriegsziel zu erreichen, den Frieden zu schaffen. Mit kriegerischen Mitteln kann man des Krieges

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170426-16/fragment/page=0001

nicht mehr Herr werden. Nun müssen die Friedenskräfte in den Völkern einsetzen.

Von Osten her dämmert ein Lichtstrahl — und in den anderen Völkern regt es sich. Die Arbeiterklasse rüstet endlich zu verständigenden Schritten, die Sozialdemokratie fordert nachdrücklich Verhandlungen. Sie zeigt auch den Weg, den man zum raschen und dauernden Frieden gehen muß: keine Annektionen, kein Weiterkämpfen um Kriegsentschädigung, Völkerfreiheit und Selbstbestimmung der Völker überall!

Die internationale Verwüstung muß gesühnt werden von internationaler Verständigung und Versöhnung!

Für internationale Verständigung.

Stockholm, 25. April. Sozialdemokraten erfährt aus bester Quelle, daß der Vorsitzende der alten Internationale, der jetzige belgische Minister Emile Vandervelde, demnächst in Stockholm eintreffen werde. Die Reise hängt mit dem geplanten internationalen Kongreß zusammen.

Wien, 25. April. Wie aus der Wiener Arbeiter-Zeitung hervorgeht, haben Dr. Victor Adler und seine Kollegen, die an der Ausbootung der deutschen Sozialdemokratie teilnahmen und deren Beschluß unterstützten, in Berlin auch mit der Unabhängigen Partei, dem Genossen Haase, Bernstein usw., verhandelt.

Die rechtssozialistische Internationale Korrespondenz ist darüber recht ungehalten, denn sie als „Internationale" Korrespondenz erkennt wohl die ausländischen Parteien als sozialistisch an, nicht aber die Unabhängige deutsche Sozialdemokratie (Arbeitsgemeinschaft).

Erster Mai.

Genossen! Genossinnen!

Die beiden Fraktionen der Unabhängigen Sozialdemokraten des Deutschen Reichstags und des Preußischen Landtags haben in einer gemeinsamen Sitzung am 24. April 1917 folgendes beschlossen:

Mehr denn je ist die Bekundung **internationaler Solidarität** Pflicht der Arbeiterklasse, **soll der grausige Weltkrieg seinem** Ende nähergebracht werden.

Dieses Bewußtsein wird ganz besonders **am 1. Mai dieses** Jahres überall die Arbeiter **und Arbeiterinnen durchdringen.** Sie werden, wo es nur irgend möglich ist, **ihre Stimme erheben** für die Forderungen, die sie **bis ins Tiefste bewegen: für den Achtstundentag, für den Weltfrieden, für die Völkerverbrüderung!**

Die Reichstagsfraktion: Bernstein. Bock. Büchner. Dr. Cohn. Dittmann. Geyer. Haase. Henke. Dr. Herzfeld. Horn. Kunert. Ledebour. Ryssel. Schwartz. Stadthagen. Stolle. Vogtherr. Wurm. Zubeil.

Die Landtagsfraktion: Hofer. A. Hoffmann. P. Hoffmann. Mehring. Ströbel.

Die russische Revolution.

Die russischen Sozialrevolutionäre und die englische Regierung. Das Verhalten der englischen Regierung gegen die russischen Amnestierten hat, wie dem B. T. aus Stockholm berichtet wird, unter den Sozialrevolutionären in Rußland Empörung hervorgerufen. Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat erfahren hatte, daß die englische Behörde in Halifax die russischen Emigranten an Bord des Dampfers Christianiafjord zurückgehalten, wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die revolutionäre Demokratie erwartet mit Ungeduld unter ihren Fahnen wiederzusehen jene Freiheitskämpfer, die während ihres ganzen Lebens die Zerschmetterung des Zarismus durch Anstrengungen vorbereitet haben, denen aber wegen ihrer politischen Ansichten von den englischen Behörden verwehrt wurde, nach Rußland zurückzukehren. Die englische Regierung mischt sich dadurch auf unangebührliche Weise in Rußlands innere Angelegenheiten ein und schadet der russischen Revolution, indem sie ihr treuen Söhne beraubt. Der Arbeiter- und Soldatenrat protestiert gegen diese Haltung der englischen Regierung und ermahnt die englische Demokratie, diesen Protest zu unterstützen. Der englische Minister des Auswärtigen wird ersucht, ohne Verzögerung Maßnahmen zu treffen, damit alle politischen Emigranten ohne Unterschied nach Rußland zurückkehren können."

Die Reorganisation des Heeres. Seit dem Ausbruch der Revolution wurden dem Petersburger Korrespondent des Petit Parisien zufolge siebzig Generale verabschiedet. Zahlreiche Desertierungen von Mannschaften fänden ihre Erklärung darin, daß an der Front die Meinung verbreitet gewesen sei, in allen Bezirken würden Güter verteilt und wer nicht dabei sei, werde leer ausgehen. Das Versprechen allgemeiner Straflosigkeit für die bis zu einem gewissen Termin zurückkehrenden Soldaten habe seine Wirkung nicht verfehlt.

Massenkundgebungen für einen sofortigen Frieden.

Berlin, 26. April. (W. T. B.) Das Organ des russischen Arbeiter- und Soldatenrates fordert die Bevölkerung zu Massenversammlungen und Kundgebungen für die Schließung eines sofortigen Friedens.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Ein Regierungsangebot an die Neutralen.

Berlin, 25. April. Wie das W. T. B. von zuständiger Seite erfährt, hat die deutsche Regierung auf Ansuchen der neutralen Staaten, die noch Schiffe in englischen Häfen liegen haben, die bisher wegen der deutschen Seegebietssperrung nicht ausfahren konnten, ihnen das Angebot gemacht, diese Schiffe am 1. Mai auslaufen zu lassen und ihnen für diesen Fall — abgesehen von der Minengefahr — sicheres Passieren des Sperrgebietes zugesagt, wenn sie bestimmte Zeichen führen und bestimmte Wege einhalten. Diese Schiffe sind dazu bestimmt, die Neutralen mit Lebensmitteln zu versorgen. Es bleibt abzuwarten, ob die englische Regierung, die bei Erlaß der deutschen Sperrerklärung die Aussahrt neutraler Schiffe binnen der gewährten Frist verhindert hat, die Schiffe nunmehr ausfahren läßt.

Von U-Booten versenkt. Kopenhagen, 24. April. Das Bureau Ritzau meldet aus Christiania, daß folgende Schiffe versenkt wurden: Das Segelschiff Bestelo, der Dampfer Gerda, ferner der Dreimaster Ville de Dieppe, der Dampfer Ellida, außerdem das Christianiaer Segelschiff Stjold. Ein deutsches Unterseeboot beschoß den Dampfer Valerie aus Stavanger und versenkte ihn. — Der dänische Dampfer Baron Stjernblad (991 Tonnen) ist auf der Reise von England nach Dänemark in der Nordsee versenkt.

Berlin, 25. April. Amtlich. Am 23. April, nachmittags, hat eines unserer Marineluftschiffe in der Nordsee die norwegische Bark Royal (688 Tonnen), die mit Grubenholz nach Westhartlepool unterwegs war, aufgebracht und durch ein an Bord gesetztes Prisenkommando nach einem deutschen Hafen einbringen lassen.

Berlin, 26. April. (W. T. B.) Aus Berichten der in Brest eingetroffenen Offiziere und Mannschaften von vier französischen Schiffen, die von dem deutschen Hilfskreuzer Seeadler versenkt wurden, geht nach Meldungen verschiedener Blätter hervor, daß der Seeadler seine erfolgreichen Taten fortsetze. An einem Tage soll er acht Ententeschiffe in den Grund gebohrt haben.

Die Schweiz bleibt gerüstet. Auf die Frage, ob es nicht möglich sei, die Schweizer Armee zu demobilisieren, erklärte General Wille: **Wenn die Schweiz auch nicht an Bedrohungen von der einen oder der anderen Seite glaubt, so wäre es doch sinnlos, wenn ein Zwischenfall sie unvorbereitet träfe.**

Die Neuwahlen in Japan endigten, wie Reuter aus Tokio meldet, mit einem Siege der Regierung, die 50 Sitze gewann. **Dies bedeutet die Niederlage der Chauvinisten und den Triumph der Politik Terauchis, die ein freundschaftliches Verhältnis zu China, engere Beziehungen zu Rußland und die loyale Unterstützung der Alliierten wünscht.**

Militärkritik im Haushaltsausschuß.

Der Kriegsminister gab zunächst vertrauliche Auskunft über die Vorgänge im Westen und besprach dann die Briefe aus dem Felde, die vielfach nur der Ausfluß einer momentanen Verstimmung seien. Im allgemeinen sei die Stimmung gut. Der Gegensatz zwischen Front und Etappe sei bekannt und erklärlich. Die Militärverwaltung habe aber das Bestreben, Uebelstände zu beseitigen. Die entbehrlichen Kriegsverwendungsfähigen seien aus den Etappen längst entfernt. Dabei werde immer darauf gesehen, der Alkoholgenuß im Heer einzuschränken. Daß Lebensmittel aus den Kantinen in die Heimat geschickt werden, sei nicht zutreffend; es handle sich um Lebensmittel, die freihändig gekauft worden sind. Um Differenzen mit den Mannschaften zu vermeiden, sei es besser, wenn **die Mannschaften und die Vorgesetzten je für sich allein essen,** eine Bevorzugung aber müsse unterbleiben. Für bestimmte Fälle sei **das Anbinden von Mannschaften nicht zu vermeiden.** Zu bestreiten sei, daß Juden lediglich deshalb, weil sie Juden sind, nicht zu Offizieren befördert werden. — Abg. Gröber (Zentr.): Was hat die politische Gesinnung des Vaters mit der Frage zu tun, ob der Sohn zum Offizier befördert werden kann? — Kriegsminister v. Stein: In einem Kriege wie dem jetzigen dürfe man nicht eine fortgesetzte Kette von Siegen erwarten. Die Frage nach der politischen Gesinnung des Vaters eines Offizieraspiranten sei nicht von höheren Stellen veranlaßt worden. — Abg. Bruhn (Wirtschr. Vgg.) wendet sich gegen einen Antrag der Soz. Arbeitsgemeinschaft auf **Einsetzung eines Ueberwachungsausschusses für die Kriegführung** und die Verwaltung der besetzten Gebiete. Daß Juden zu Offizieren befördert wurden, ist bedauerlich. — General v. Owen rechnet vor, daß die Herabsetzung der Offiziersgehälter eine Ersparnis von 12 Millionen Mark im Jahre bedeutet. — Abg. Nebel (Kons.): Die Reform des Beschwerderechts sei nicht angängig; auf das Anbinden könne nicht verzichtet werden.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.) bemängelt die Art der Reform der militärischen Bezüge, eine Reform, die eigentlich nur bei den unteren Stellen einsetzt. Kantinenüberschüsse sind nicht ausbezahlt, sondern in gesperrten Sparkassenbüchern angelegt worden. Dieser Sparzwang wirkt lächerlich gegenüber gesetzten älteren Leuten. Redner begründet dann die bereits veröffentlichten Anträge der Soz. Arbeitsgemeinschaft. **Die Regierung tritt so ziemlich allen Beschlüssen des Reichstages Widerstand entgegen.** Redner bespricht die mißlichen Verhältnisse in den Betrieben der Heeresverwaltung. Zu den berechtigten Klagen über die Nichtbeförderung der Juden zu Offizieren kommen die Beschwerden der jüdischen Mannschaften über die unterschiedliche Behandlung. Von der vielgerühmten Einfachheit der Offiziere merkt man in den Kasinos nichts. Gegenüber den Klagen über die Behandlung der Gefangenen im Auslande verweist er darauf, daß auch die Gefangenenbehandlung bei uns ihre Schattenseiten hat. **Die Klagen über Einberufung zum Heere aus politischen Gründen hören nicht auf.** Die Veröffentlichung von Namen und Wohnort der wegen des Verkehrs mit Kriegsgefangenen bestraften Frauen wirkt barbarisch. Die Gegner des Antrags auf Einsetzung eines Ueberwachungsausschusses der Kriegführung übersehen die Wirkung der gleichen Ausschüsse bei unseren Gegnern im Westen. Der Krieg ist nicht nur eine militärische, sondern in hohem Maße eine politische Angelegenheit, weshalb das **Parlament Gelegenheit zur Mitarbeit erhalten muß.**

Kriegsminister v. Stein: Der Vorschlag, einen Ueberwachungsausschuß einzusetzen, bedeutet eine Forderung, daß die Heeresverwaltung zu der alten, völlig verfehlt gewesenen Einrichtung zurückkehren soll, der Militärbehörde einen Beirat von solchen Personen beizugeben, die nichts von militärischen Dingen verstehen.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.) findet den Antrag auf Einsetzung eines Ueberwachungsausschusses durchaus nicht so undiskutabel, wie die Vertreter der Regierung. In dem Antrage steckt zweifellos ein gesunder Kern. Die Weigerung des Kriegsministers, **das Anbinden der Mannschaften zu beseitigen, werde bittere Gefühle auslösen.** Mit der Einberufung von Zivilärzten und Lehrern sollte man endlich aufhören. **In den Etappen treibt die Bureaukratie die tollsten Blüten.** Ganz ungehörig ist es, wenn sich Offiziere herausnehmen, **selbgraue Abgeordnete aus der ersten Eisenbahnklasse hinauszuweisen.** Den Ausbau der Feldbuchhandlungen sollte sich die Heeresverwaltung angelegen sein lassen. Teilweise wird dort nicht nur unanständiger Schund, sondern auch politische Tendenzliteratur zum Kauf bereitgelegt. Drei bis vier Buchhandlungen haben ein Monopol auf den Feldbuchhandel, das sie rücksichtslos ausnutzen. **Ihnen nicht passende Literatur wird einfach ausgeschaltet.** Dieses Monopol muß gebrochen werden, wenn unsere Soldaten nicht geschädigt werden sollen. Es ist schwer, gute Bücher anzubringen, weil die Armeekommandos 35 Prozent Abgabe von dem Umsatz fordern. Was geschieht mit diesem Gelde? Mit dem Verleger Zilse war wegen dessen minderwertiger Lieferung ein Mittmeister in Differenzen geraten, der dann von dem Verleger zum Duell gefordert wurde. Die Heeresleitung sollte daran denken, auch im Frieden auf die geistige Hebung der Soldaten besonders bedacht zu sein.

Ab. Stresemann (Natl.) klagt über unzulässige Einziehungen zum Heer und bedauert, daß noch immer deutsche Soldaten den Namenszug fremder Monarchen tragen.

Abg. Stücklen (Soz.) fragt, ob es richtig sei, daß das Gesetz über die Kapitalabfindungen in der Praxis schwer durchzuführen sei. Oberst v. Wriesberg hat das Burschenwesen damit verteidigt, daß feinerzeit den Offizieren, denen die Burschen genommen worden sind, **500 Mark für die Bedienung gegeben wurden.** Er müsse daran festhalten, daß kein Offizier einen Rechtsanspruch darauf hat, einen Burschen zugewiesen zu erhalten. Daß aus politischen Gründen niemand eingezogen wird, sei nicht richtig. An der Hand eines Kompagniebefehls weist der Redner nach, daß in der Tat **Leute strafweise an die Front geschickt wurden, wie auch die Drohung mit dem Schützengraben eine durchaus altägliche Erscheinung sei.** Daß Verwundete Erholungsurlaub erhalten, sei eine Forderung, gegen die eigentlich nichts eingewendet werden sollte. Vielfach bleiben aber diese Verwundeten in den Lazaretten in den besetzten Gebieten und kommen nicht dazu, dann sofort wieder an die Front. Redner verlangt Auskunft über einige bestimmte Fälle. Der Grundsatz: **„Freie Bahn dem Tüchtigen!" hat offenbar in der Armee noch keinen Eingang gefunden.** Es wäre interessant, einmal eine Statistik darüber zu bekommen, wieviel gemeine Soldaten im Laufe des Krieges zu Offizieren befördert worden sind. Die Schonung der letzten Söhne einer Familie oder der Väter kinderreicher Familien ist zwar zugesagt worden, **wird aber in der Praxis durchaus nicht befolgt.** Geradezu unfaßbar sei es, daß man sich **gegen eine Reform des veralteten Beschwerderechts sträubt, und daß der Kriegsminister es fertiggebracht habe, zu erklären,** das **Anbinden könne in der Armee nicht beseitigt werden.** Die Frage der Abfindung der wiederverwendeten Offiziere sei durchaus nicht leicht zu lösen, denn es sei nicht angängig, daß man einem Offizier dafür, daß er während der Kriegszeit vielleicht eine Bahnhofskommandantur verwaltet hat und dafür gut bezahlt wurde, noch extra eine höhere Pension gebe. **Jedenfalls könne er versichern, daß die Sozialdemokraten einer Besserstellung der Offiziere nicht eher zustimmen würden, als bis die Besserstellung der Mannschaften sichergestellt ist.**

General v. Langermann erklärt, das Gesetz über die Kapitalabfindung wirke gut; **allerdings könnten die Anträge** nicht so rasch erledigt werden. Er könne weiter versichern, daß bei der Erhöhung der Pensionen die Mannschaften bestimmt nicht zu kurz kommen kommen werden. — Abg. v. Böhm (Kons.) lobt die Opferwilligkeit der Landwirtschaft und stellt unter lebhaften Zurufen und großer Heiterkeit fest, daß die Bauern in einigen wenigen Dörfern des Kreises Stolp 12 000 Eier freiwillig „gestiftet" haben. — Die Beratungen werden Donnerstag fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Kundgebung des Reichshaushaltsausschusses.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat in seiner Sitzung am Dienstag folgende Erklärung beschlossen:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Reichshaushaltsausschusses danken den unvergleichlichen tapferen deutschen Helden von Arras, an der Aisne, in der Champagne und wo immer sie für des Volkes Heil und des Vaterlandes Wohl kämpfen und bluten, für ihre in der Weltgeschichte einzig dastehenden Leistungen. Sie legen für das deutsche Volk das Gelöbnis ab, mit ganzer Kraft unerschütterlich für seine opfermutige Verteidigung bis zum baldigen Frieden zu sorgen."

Diese Erklärung wurde gegen die Stimme des Vertreters der Soz. Arbeitsgemeinschaft beschlossen.

Der 7-Uhr-Ladenschluß wird beibehalten!

Vertreter der Angestelltenverbände wurden am Dienstag im Reichsamt des Innern von dem Dezernenten Landrat v. Jarobe empfangen. Es wurde ihnen, so teilt das Berl. Tgbl. mit, versichert, daß ihre Wünsche in bezug auf den 7-Uhr-Ladenschluß in der nächsten Sitzung des Bundesrats, die Ende dieser Woche stattfindet, **Berücksichtigung finden werden.**

Hilfsdienstausschuß.

Eine neue Debatte über die Gelben. Die gelben Organisationen bitten um eine Aenderung in den Vorschriften über die Besetzung der Ausschüsse, mit der Begründung, daß auch die Gelben das Vertrauen eines Teiles der Arbeiter genießen. Der Referent, Abg. Bauer (Soz.) beantragt, diese Petition durch die bereits gefaßten Beschlüsse als erledigt zu erklären. — Gegen diesen Antrag wendet sich Abg. Schiele (kons.), der im Interesse der Gerechtigkeit den Gelben eine Vertretung in den Ausschüssen eingeräumt wissen will, weil die gelben Organisationen 550 000 (!) Arbeiter umfassen. — General Gröner: Die Angelegenheit ist geregelt auf Grund von Vereinbarungen, denen auch der Vertreter der Wirtschaftsfriedlichen zugestimmt hat. An diese Abmachungen sei man jetzt gebunden. Nach langer Debatte wird der Antrag der Fürsprecher der Gelben (Nießer, Arendt, Westarp und Schiele) gegen fünf Stimmen abgelehnt. Der Antrag, die Petition als Material zu überweisen, wird ebenfalls gegen fünf Stimmen abgelehnt und dann der Antrag des Referenten gegen fünf Stimmen angenommen.

Drohung mit dem Landesverratsparagraphen.

Der Reichskanzler hat an die Bundesregierungen ein Schreiben gegen die Munitionsarbeiterstreiks gerichtet, in dem es am Schlusse heißt:

„In verschiedenen Betrieben, deren ungestörter Fortgang für die Landesverteidigung wesentlich ist, ist an die Arbeiter mündlich, schriftlich oder durch Verteilung von Flugblättern und Handzetteln die Aufforderung zur Arbeitseinstellung gerichtet worden. Es ist ferner mehrfach versucht worden, Arbeiter, die getreu ihrer Pflicht zur Werkstatt zurückkehrten, von der Arbeit abzuhalten. Auch in Zukunft werden solche Versuche scheitern an dem vaterländischen Pflichtgefühl und dem gesunden kameradschaftlichen Sinn unserer deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Uebereinstimmung mit der Leitung ihrer bewährten Berufsorganisationen ihre ganze Kraft daransetzen, unseren kämpfenden Brüdern zu schaffen, was sie zur Verteidigung der Heimat brauchen. Die deutsche Arbeiterschaft soll aber auch wissen, daß die Staatsbehörden, die über Recht und Gesetz zu wachen haben, mit ihr Hegen jene verbrecherischen Machenschaften ankämpfen werden. Das Strafgesetzbuch bedroht diejenigen, die auf die angegebene Weise einer feindlichen Macht Vorschub leisten oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteile zufügen, wegen Landesverrats mit schwerer Strafe. Wer unsern tapferen Kriegern in diesem heiligen Kampfe ehrlos und treulos in den Rücken fällt, der stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft und soll von der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden.

Ich weiß mich einig mit den hohen Bundesregierungen in dem Gefühl heiliger Verpflichtung, jede deutsche Arbeit im Dienste unseres um sein Dasein ringenden Volkes mit allen Mitteln zu fördern und vor feindlichen Umtrieben zu schützen.

Bethmann Hollweg."

Verschärfte Einziehung Reklamierter.

Berlin, 25. April. Amtlich wird bekanntgemacht: „Das Kriegsamt hat Anordnung getroffen, daß aus unserem gewaltigen Reklamiertenheer, über das wir noch in der Heimat verfügen und das unser Feldheer von 1870 um ein Mehrfaches übertrifft, eine größere Zahl für den Heeresdienst im Felde wieder freigemacht und in der Kriegswirtschaft durch Hilfsdienstpflichtige und Frauen ersetzt wird. Bei dieser Gelegenheit soll auch ein Austausch zwischen Feld und Heimat stattfinden, so daß ältere verbrauchte Facharbeiter, besonders Familienväter — soweit die militärischen Interessen es zulassen — aus der Front herausgezogen und der heimatlichen Kriegswirtschaft wieder zugeführt werden. — Ferner ist im Einvernehmen mit der obersten Heeresleitung beabsichtigt, zur Steigerung unserer Kohlenproduktion dem Bergbau weitere Kräfte aus dem Heere zuzuführen oder neuen Ersatz aus der Heimat. Dieser Ersatz kann nur aus der Kriegsindustrie entnommen werden. — Von den in Verfolg vorstehender Maßnahmen notwendigen Einziehungen Reklamierter, mit denen in der Industrie bereits begonnen ist, bleibt die Landwirtschaft vollkommen unberührt. — Die stellvertretenden Generalkommandos sind angewiesen, die Unternehmer rechtzeitig von den bevorstehenden Einziehungen zu unterrichten, damit für Ersatz der Arbeitskräfte Vorsorge getroffen werden kann. Eine scharfe Nachprüfung, ob nicht einzelne Betriebe mit Reklamierten überfüllt sind, geht mit den angeführten Maßnahmen Hand in Hand. Die Feststellungs- und Einberufungsausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz werden Gelegenheit haben, das Herausziehen der Reklamierten durch rechtzeitige Ueberweisung von Hilfsdienstpflichtigen nachdrücklichst zu unterstützen."

„Neuorientierung" in Oesterreich.

Wien, 25. April. Amtlich wird kundgemacht: Die Regierung hat beschlossen, die Einberufung des Reichsrates für den 30. Mai in Aussicht zu nehmen, denselben vor allem mit der Ernährungsfrage und den wirtschaftlichen, mit dem Kriege zusammenhängenden anderen, insbesondere auch den sozialen und staatsfinanziellen Fragen zu befassen, sowie einen nicht bloß für die bevorstehende Tagung, sondern auch für die weitere Tätigkeit des Reichsrates bestimmten Arbeitsplan zu entwerfen, sich in der Zwischenzeit darüber mit den Parteien ins Einvernehmen zu setzen und zugleich den Abbau der politischen Zensur einzuleiten. Die Regierung erwartet, daß sie im Parlament die Unterstützung für ihr Bestreben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170426-16/fragment/page=0002

finden wird in einer Zeit der höchsten politischen Spannung und der größten Anstrengung der Staats- und Volkskräfte, nicht nur für die Gegenwart das notwendige zu schaffen, sondern auch für die Zukunft die Grundlage für ein einträchtiges Zusammenleben der Völker Oesterreichs herzustellen. Die Regierung hält unverrückt an den Zielen, die sie sich gesetzt hat, fest, insbesondere an der den Bedürfnissen des Staates und seiner Verwaltung Rechnung tragenden Regelung der sprachlichen Verhältnisse, sowie an der Ordnung des Sprachengebrauchs und der Einführung entsprechender Verwaltungseinrichtungen in den Ländern, soweit sich diese als notwendig darstellt. Die Regierung, wird diese Angelegenheiten in ihrem Zusammenhange mit Nachdruck unverzüglich verfolgen. . . .

•

Aus den amtlichen Verkündigungen geht nur das eine deutlich hervor, daß man das Parlament überhaupt beruft. Alles andere ist unklar und läßt darauf schließen, daß wohl ziemlich alles beim alten bleiben soll. Aber ist die Kugel erst im Rollen, so setzt auch das Ringen der Parteien und der Völker um Bestimmung ihres Zieles ein. Oesterreich hat ganz ungeheuerliche Probleme zu lösen. Früher hat man „fortgewurstelt" (nach Graf Taafe), aber nach dem Aufwühler Weltkrieg ist das Neue nicht mehr abzuweisen. Selbst in Oesterreich nicht.

Ums tägliche Brot.

Die militärischen Revisionen auf den Dörfern.

An den militärischen Nachprüfungen im Landkreise Köln hat sich mit Genehmigung des Regierungspräsidenten ein Redakteur unseres Kölner Parteiblattes beteiligt. Er berichtet in der Rheinischen Zeitung, daß die Gehöfte gründlich durchsucht worden seien, jedoch habe man in den Bauernhöfen selbst nur kleinere Mengen Getreide beschlagnahmen können. Es sei da fast immer von den Bauern alles richtig angegeben worden. Dagegen scheine ein beliebter Trick zu sein, größere Getreidemengen an dem Tage der Revision unter Stroh oder Mist versteckt auf die Felder hinauszufahren und sie am Abend zurückzuholen, wenn die Luft rein sei. So wurden an einem Tage in einem Dorfe zwei derartige Fuhren Saathafer, Roggen und Weizen ermittelt. In dem einen Falle hatte der Bauer auch 30 Pfund Speck im Mist versteckt, obwohl doch Fleisch gar nicht aufgenommen wird. Auf die Felder müssen also die Kommissionen besonders acht geben. In allen besuchten Bauernhäusern waren geräucherte und geräucherte Fleischwaren genügend anzutreffen. Die bäuerlichen Familien und auch „ihre" Russen essen jedenfalls das Mehrfache der städtischen Fleischration. — Sehr große Mengen Getreide dürften jetzt nicht mehr zu ermitteln sein. Nach dem Urteil sachkundiger unparteiischer Mitglieder der Nachprüfungsausschüsse muß die nächste Getreideernte sofort nach dem Einbringen behördlich erfaßt werden. Erforderlich ist dann ein Dreschverbot für die Landwirte. Ausdrusch durch militärische Kommandos und sofortige Beschlagnahme der abzuliefernden Mengen. Sonst wird im nächsten Jahre derselbe Uebelstand vorhanden sein. Die verspäteten militärischen Nachforschungen erbitttern die Landwirte stark und das Ergebnis ist am Schlusse des Erntejahres nicht mehr groß.

Prämien für Kartoffel- und Gemüseanbau.

Der Ausschuß der Kreisverwaltung Höchst a. M. hat zur Förderung des Anbaus von Kartoffeln und Gemüse besondere „Anbaubelohnungen" ausgesetzt. Die Prämie beträgt für jeden Morgen Kartoffeln im Rahmen der bisher angebauten Morgenzahl dreißig Mark, für jeden weiteren Morgen sechzig Mark. Für jeden Morgen Gemüse im bisherigen Rahmen werden fünfzig Mark und für jeden weiteren Morgen Gemüse fünfundsiebzig Mark ausbezahlt. Für jeden Morgen Steck- und Stoppelrüben beläuft sich die Prämie auf fünfzehn Mark. Die Prämien werden aber nur dann ausbezahlt, wenn der Ernteertrag dem üblichen Durchschnittsertrag entspricht und wenn der gesamte Ertrag der Anbaufläche dem Kreise Höchst zur Verfügung gestellt wird.

Kettenhandel mit Lebensmitteln.

Für 30 000 Mk. Waren beschlagnahmt!

Einem umfangreichen Kettenhandel mit Lebensmitteln ist das Kriegswucheramt wieder auf die Spur gekommen. In letzter Zeit waren wiederholt Angebote von Lebensmitteln bekanntgeworden, bei denen wegen der Höhe der Preisforderungen zu schließen war, daß es sich um zurückgehaltene Waren handle, die im Wege des Kettenhandels und teilweise unter erheblicher Ueberschreitung der Höchstpreise in den Handel kommen sollten. In den meisten Fällen wurden diese Angebote von einem gewissen Lorenzen aus Flensburg, der in einem Berliner Hotel wohnte, und von dem oft vorbestraften Vermittler Friedrich Brüning aus Charlottenburg gemacht, die aber die Vorräte ihren Abnehmern nur gegen Bezahlung aushändigen wollten; vorher war die Ware nicht zu sehen. Nach längeren Bemühungen gelang es schließlich, die Aufbewahrungsorte ausfindig zu machen und die Vorräte, die an zehn verschiedenen Stellen in Groß-Berlin lagerten, im Gesamtwerte von über 300 000 Mk. zu beschlagnahmen. In Betracht kommen etwa 110 Zentner Wurst, 100 Zentner Sülze, 4 Zentner ungestempeltes Schweinefleisch, 8 Zentner Kaffee-Ersatz, 18 Zentner Haselnußöl, 134 Zentner Seife, 341 Flaschen Rum und 80 Flaschen Rotwein und Sekt.

Mit welchen wucherischen Verdiensten gearbeitet wurde, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Die Sülze verkaufte der Fabrikant unter Ueberschreitung des amtlichen festgesetzten Höchstpreises mit 2,60 Mk. das Pfund; angeboten wurde sie, nachdem sie durch sechs Hände gegangen war, mit 4,10 Mk. Die Wurst war mit 5,25 Mk. pro Pfund gekauft, zum Verkauf gestellt wurde sie mit 7,90 Mk. Der Einkaufspreis der Seife betrug 70 Pf., der Verkaufspreis 2,50 Mk. pro Pfund, der Einkaufspreis des Kaffee-Ersatzes 1,80 Mk., der Verkaufspreis 6,25 Mk., der Einkaufspreis des Haselnußöles 20 Mk., der Verkaufspreis 46 Mk. Alle diese Geschäfte spielten sich in wenigen Tagen ab. Kaum einer der vielen Zwischenhändler hat die Ware überhaupt je gesehen, trotzdem wurde sie aber immer wieder unter der Versicherung, daß es sich um gute und preiswerte Ware handele, weiterverkauft. Keiner der an diesen Geschäften beteiligten Personen besitzt die Erlaubnis zum Handel mit Lebensmitteln. — Die beschlagnahmten Waren wurden dem Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt für die Schwerarbeiter zur Verfügung gestellt.

Aus der Partei.

Von den Kämpfen in den Organisationen.

Eine Kreiskonferenz für Waldenburg (Allg. Sachs.) billigte die Kriegspolitik der Fraktion und des Parteivorstandes.

In Brandenburg rechte sich die Opposition. In einer Mitgliederversammlung wurde der Antrag gestellt, einem anwesenden Oppositionsredner auch das Wort zu gestatten. Da der Antrag Aussicht auf Annahme hatte, schloß der Vorsitzende kurzerhand die Versammlung. Es entstand ein protestierender Tumult — der wohl einen Zusammenschluß der Opposition als Folge haben dürfte. — Ueber die eigentümliche Redakteurwahl in Chemnitz berichtet Gen. Eisner-München wie folgt in der L. V.: „Aus der L. V. erfahre ich mit einiger Verwunderung, daß ich erst zum Nachfolger Heilmanns in Chemnitz gewählt, dann aber gleich wieder abgesetzt worden bin. Ich wurde durch Herrn Kranold abgelöst. Es trägt vielleicht zur Beruhigung bei, wenn ich mitteile, daß ich mich niemals um den Redaktionsposten in Chemnitz bemorben habe. Meine Beziehungen zu der Angelegenheit bestehen lediglich darin, daß aus den Kreisen der Chemnitzer Preßkommission ein paarmal bei mir „angefühlt" worden ist, wie ich mich zur Nachfolge Heilmanns stellen würde. Schließlich fand ich — nach meiner Rückkehr aus Gotha — ein Schreiben vor, in dem mir dringend geraten wurde, mich zu bewerben, da die Preßkommission für nicht sei. Diese Bewerbung habe ich unterlassen, und mich begnügt, dem Briefschreiber zu antworten — nur diese paar Zeilen:

Durch den Gothaer Beschluß erledigt sich — wie mir scheint — auch Ihre Anregung. Nur wenn die Volksstimme (was ich allerdings lebhaft begrüßen würde) in ein Organ der Opposition verwandelt würde, käme meine Person als leitender Redakteur in Betracht. Sonst ist es unmöglich.

Es geht daraus hervor, daß ich allerdings — aus den triftigsten Gründen — ein lebhaftes Interesse daran hatte, daß ein neues Organ der Opposition gewonnen würde, und daß ich nur deshalb meine Person zur Verfügung stellte. Die Preßkommission konnte, nach meinem unzweideutigen Brief, nur dann meine Person in Vorschlag bringen, wenn sie zugleich die Erfüllung der Vorbedingung beschloß, die Volksstimme zum Organ der sozialdemokratischen Opposition umzuwandeln. Ich hielt mit meiner Ablehnung der Bewerbung in meiner Antwort die Sache für erledigt, habe auch nichts mehr von Chemnitz gehört. Nun erfahre ich, daß man von mir auf Kranold kam, also von der Opposition gegen den Betgmann-Sozialismus zur Opposition gegen die Sozialdemokratie überhaupt. Es wird interessant sein, zu erfahren, wie sich Herr Kranold zur Uebernahme dieses Parteiamts stellt, nachdem er die wirkliche (durch die Kandidierung meiner Person bekundete) politische Gesinnung der berufenen Parteivertretung kennen gelernt hat. Kurt Eisner."

Totenliste der Partei.

Wilhelm Ostkamp, Redakteur an der Essener Arbeiter-Zeitung, ist im Alter von 49 Jahren gestorben. Ostkamp, der in seinem ersten Berufe Tischler war, hat seit dem Ende der 80er Jahre im rheinisch-westfälischen Industrierevier für die Ausbreitung der Arbeiterbewegung gewirkt. An der Schaffung eines eigenen Parteiblattes in Essen, wo sehr große Schwierigkeiten zu überwinden waren, hatte er einen hervorragenden Anteil.

•

Aus der sibirischen in englische Gefangenschaft.

In voriger Woche wurde, wie die Berner Tagwacht mitteilt, in Liverpool der bekannte russische Schriftsteller Timofei Samsonow zu 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Er war angeklagt, verschiedene Artikel an amerikanische sozialistische Zeitungen geschickt zu haben, in welchen er die Lage der vielen Tausenden von Sozialisten schilderte, die wegen Militärdienstverweigerung in den englischen Zuchthäusern sitzen. Die Wahrheit schmerzte die englischen Tyrannen offenbar und unser Genosse wurde unter dem Zensurgesetz verknurrt. Samsonow war schon im Jahre 1909 als Opfer der russischen Tyrannei lebenslänglich nach Sibirien verbannt worden. Es gelang ihm jedoch vor zwei Jahren, aus seiner Gefangenschaft zu entfliehen und die Gestade des „freien England zu erreichen, wo während seines Prozesses die Polizei ihm als Hauptdelikt vorwarf, im Besitze revolutionärer Literatur zu sein.

Aus der Provinz.

Die Ernährung der Stadtkinder auf dem Lande.

Der preußische Staatskommissar für Volksernährung hat im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes Bestimmungen erlassen, die die Frage der Ernährung der auf das Land geschickten Stadtkinder regeln. Nach diesen Bestimmungen werden den Landwirten ausreichende Mengen an Lebensmitteln zur kräftigen Ernährung der Stadtkinder belassen werden, so daß die Eltern der Stadtkinder die Gewißheit haben können, daß es ihren Kindern an der so dringend notwendigen kräftigen Ernährung nicht fehlen wird.

Von den Bestimmungen seien folgende, als besonders wichtig, erwähnt:

Sofern die Kinder bei Selbstversorgern Aufnahme finden, was in der Regel der Fall sein wird, sind sie als zu deren Haushalt gehörig anzusehen und nach den für Selbstversorger geltenden Grundsätzen zu behandeln. Bei Zuspruchnahme von Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln ist den Landwirten zur Ernährung der Kinder die erforderliche Menge in gleicher Weise zu belassen, wie für Angehörige ihrer Wirtschaft. Für die Zuweisung genügt der Nachweis, daß der Landwirt sich verpflichtet hat, Stadtkinder in seinem Haushalt aufzunehmen. Der Fleischbedarf ist aus dem dem Selbstversorger aus Hausschlachtungen zur Verfügung stehenden Fleisch zu decken. Nötigenfalls kann die Erlaubnis zu weiteren Hausschlachtungen erteilt werden. Die Kinder sind vor ihrem Fortgang aufs Land recht zeitig abzumelden und ihnen die Lebensmittelkarten abzunehmen. Hierüber muß eine Bescheinigung erteilt werden, die bei der Anmeldung in dem Landaufenthaltsorte vorzulegen ist. Die Landwirte erhalten für die Kinder, sowie sie nicht aus Selbstversorgervorräten zu versorgen sind, Lebensmittelkarten, wie sie am Landaufenthaltsort üblich sind. Bis zum 1. Mai sollen die Kinder abgebenden und die Kinder aufnehmenden Kommunalverbände an die hierfür eingesetzte zentrale Berechnungsstelle, das Landeszuckeramt, Berlin, die vorläufige, bis zum 1. Juni die endgültige Zahl der Kinder melden.

Die Bestimmungen finden nur Anwendung auf die Lebensmittelversorgung solcher Kinder, welche von Behörden, gemeinnützigen Vereinen u. dergl. planmäßig auf dem Lande untergebracht werden. Sie sollen eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende auskömmliche Versorgung dieser Kinder auf dem Lande sicherstellen, sie gelten als Vorzugsbestimmungen und sind demgemäß auch mit besonderem Wohlwollen anzuwenden. Auch ist jede unnötige Belästigung der Quartierwirte der Kinder durchaus zu vermeiden. Die Versorgung von Kindern, die auf rein privatem Wege vorübergehend auf das Land gebracht werden, z. B. zu Verwandten, hat sich lediglich nach den allgemeinen Grundsätzen zu richten.

Eisleben. Das Brot wird um einige Pfennige teurer. Das 6-Pfund-Brot, das bisher 1,02 Mk. kostete, muß mit 1,05 Mk., das 3-Pfund-Brot mit 53 Pf. bezahlt werden. Der Seekreis, mit dem die Stadt in einem Verbandsverhältnis für Brot- und Mehlkonsum steht, hat die Erhöhung schon beschlossen. Die Kohlenpreise und anderes geben die Begründung der Maßnahme her.

— Der Kartoffeleinkauf an der Bahn, den die Stadt für die Zeit bis 10. Juni empfahl und wo Kartoffeln in ausreichendem Maße zur Verfügung sind, hat sonderbarerweise nicht den Gebrauch gefunden, den man erwartete. Freilich wird für manche größere Familie eine größere Geldausgabe damit verbunden sein, doch ist zu hoffen, daß von der Vergünstigung mehr Gebrauch gemacht wird, sobald es die Verhältnisse gestatten; denn man wird mit einer Preiserhöhung zu rechnen haben. Die ganze Woche ist noch für den Verkauf bestimmt.

Blankenheim. Ein Zug führerlos abgefahren. Kaum haben sich die Gemüter betreffs des Eisenbahnunglücks zwischen Blankenheim und Riesfeldt beruhigt, da kommt die Kunde von einem neuen Unglück, das viel schrecklichere Folgen hätte haben können. Am Freitag abend ist, laut Kuffh. Ztg., von Blankenheim ein Zug abgefahren ohne Lokomotivführer und Heizer, kein Mann auf der Maschine. Und führerlos ist der Zug mit seinen Passagieren, die in der größten Angst geschwebt haben, in rasender Fahrt durch Sangerhausen gefahren bis Bennungen, wo er allein wieder zum Stehen gekommen ist. Was wäre das für ein Unglück geworden, wenn dieser Zug auf einen anderen fuhr in dieser rasenden Fahrt?

Torgau. Zusammenschluß der Elbschiffahrtsunternehmer. In der sogenannten Kriegsvereinigung der Elbe- und Saaleschiffahrt ist laut Magdeb. Ztg. ein Uebereinkommen erzielt worden. Die vertraglichen Bestimmungen sind bereits zum Abschluß gekommen. Dazu wird aus Dresden gemeldet, daß in den letzten Tagen in Berlin neue Verhandlungen unter den Elbeschiffahrtsbetrieben stattgefunden haben, die den Zweck hatten, den Kampf der Elbeschiffahrt untereinander zu beseitigen. Die Verhandlungen sind erfolgreich verlaufen. Der Abschluß steht noch vor Ende des Monats zu erwarten.

Wittenberg. Butter wird für diese Woche auf jede Fettmarke Nr. 2 wieder 75 Gramm abgegeben; der Verkauf findet am Freitag statt.

— Gestohlen wurden in der Nacht zum Mittwoch auf dem Bräsefschen Grundstück in den Weinbergen mehrere Hühner. Die Diebe haben die Hühner gleich abgeschlachtet. — Ein fetter Schweinebraten von zirka 6 Pfund wurde der Witwe Dannenberg in der Kollegienstraße gestohlen; auch eine Brotkarte verschwand dabei. In Verdacht steht eine jugendliche Arbeiterin.

Dessau. Pocken. In und bei Dessau sind in letzter Zeit einige Pockenfälle leichter Art vorgekommen. Amtlich festgestellt sind im Stadtbezirk Pocken in den Häusern Angerstraße 4 und Badgasse 6. Ferner liegt ein Krankheitsfall in der Heinrichtraße vor, bei dem Pocken noch nicht mit Bestimmtheit nachgewiesen sind.

Wie lange noch?

In diese Frage wird jeder einstimmen, der die damit überschriebenen Ausführungen im zweiten Aprilheft des von Freiherrn v. Grotthuß herausgegebenen Türmers (Stuttgart, Greiner u. Pfeiffer) gelesen hat.

Die Viktoria-Werke in Nürnberg verteilen 30 Prozent Dividende gegen 20 Prozent im Vorjahre. — Das Kabelwerk Rheydt hat einen Ueberschuß von 3 634 611 Mark (1914/15: 2 806 615 Mark) und erhöhte seine Dividende von 18 auf 30 Prozent. — Die Westfälische Metallindustrie A.-G. in Lippstadt gibt 25 Prozent Dividende gegen 12 Prozent im Jahre zuvor. — Einen Gewinn von 6 538 498 Mark gegen 3 262 524 Mark im vorletzten Geschäftsjahre weisen die Westfälischen Stahlwerke auf. Die Abschreibungen sind um 877 781 Mark erhöht. — Mit nicht weniger als 100 Proz. Dividende beglückt die Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft in Oberfrohna ihre Aktionäre. — Die Elite-Motorenwerke erhöhen ihre Abschreibungen von 147 822 Mark auf 817 950 Mark und verteilen 25 Prozent Dividende gegen 12 Prozent.

Wie gut es den Telephon- und Telegraphenfabriken im Kriege geht, mag das Beispiel der Telegraphenfabrik vorm. J. Berliner zeigen. Sie schlägt 25 Prozent Dividende gegen 18 Prozent im Jahre 1914/15 vor, bucht die Kriegsgewinnsteuer vorher ab und hat 450 000 Mark mehr Ueberschuß als zuletzt. Das Bankguthaben hat sich verdoppelt. Mit einem bedeutend höheren Ueberschuß, (561 835 Mark gegen 190 803 Mark) hat die Bremerhütte in Veidenau ihr Geschäftsjahr geschlossen. — Ein dreimal so großes Bankguthaben (198 765 zu 60 639 Mark) weist die Metallwarenfabrik vorm. Witzner in Mehlis aus.

Wenn die Kleinen sich nicht gescheut haben, das Reich tüchtig heranzunehmen, wie müssen dann erst die Großen „gearbeitet" haben! Wie haben sie die Konjunktur ausgenutzt! Deutlicher als lange Abhandlungen beweisen es wenige Zahlen. Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch gibt 20 Prozent Dividende, nachdem es im letzten Jahre 12 Prozent verteilt hatte; wichtig hierbei ist, daß jetzt die 20 Prozent auf das um 8 Millionen erhöhte Kapital ausgeschüttet werden, was den enormen Gewinn noch augenfälliger macht. — Einen Gewinn wie nie zuvor hat das letzte Jahr der Auer-Gesellschaft gebracht (und das will bei der viel heißenl); er beläuft sich nach großen Abschreibungen auf 17 881 665 Mark, übertrifft also den des vorletzten Jahres (6 592 973 Mark) um ein bedeutendes. Die Dividende von 25 Prozent auf die Stammaktien und von fünf Prozent auf die Vorzugsaktien nimmt nur 2 915 400 Mark in Anspruch, das Bankguthaben beträgt 7 651 025,78 Mark.

Adler u. Oppenheimer, Lederfabrik, geben wiederum 20 Prozent Dividende; bei einem Aktienkapital von 12 Millionen haben sie einen Gewinn auf Waren — nach Abzug der Rücklage für Kriegsgewinnsteuer — von 7 074 296,75 Mark. Die gesamte Einrichtung in Straßburg, Berlin und Amsterdam, alle Betriebsmaschinen, die ganze Dampfkraftanlage usw. usw. stehen mit je einer Mark zu Buch!

Aber selbst diese riesigen Gewinne verschwinden in ein Nichts, wenn man die der Montanindustrie dagegen hält. Die Gutehoffnungshütte hatte einen Rohgewinn von 43 372 849 Mark gegen 16 168 816 Mark (1914/15: 5 911 000 Mark). Für Rücklagen werden 17 320 00 Mark gegen . . . 656 000 Mark in Anspruch genommen, das Bankguthaben ist von 5 417 761 Mark auf 17 438 497 Mark gestiegen. Und dabei beträgt das Aktienkapital nur 50 Millionen! — Die Bismarckhütte schreibt ihre ganzen Forderungen im feindlichen Auslande ab und hat doch noch einen Reingewinn von 5 702 955 Mark gegen 2 913 709 Mark im Jahre zuvor und 1 969 800 Mark im Jahre 1913/14. Dividende 25 Prozent (15 Prozent). — Die Friedrichshütte hat ihr Bankguthaben von 332 890 Mark auf 1 760 780 Mark und ihre Dividende von 8 auf 20 Prozent erhöht. Bei der Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft ist der Rohgewinn von 23 531 244 Mark auf 35 105 642 Mark, die Dividende von 6 auf 12 Prozent gestiegen.

Ich denke, es genügt. Das Material ist so reichhaltig, daß ich ein ganzes Heft mit solchen Zahlen füllen könnte. Und dabei ist nur ein kleiner Teil unserer Industrie in Betracht gezogen worden. — Unser Volk hat mit einem Opfermut ohnegleichen alles auf sich genommen, es hat fast einstimmig die Hilfsdienstpflicht gutgeheißen, hat damit — für jeden einzelnen — auf Selbstbestimmung verzichtet, es darf aber auch erwarten, daß man es endlich vor reichen Ausbeutern in Schutz nimmt. Da kämpfen sie draußen in Blut und Schmutz, da arbeiten sie drinnen wie nahrunnig, den Kopf voll Sorgen, das Herz voll Kummer, und ein paar hundert Großaktionäre und Direktoren. Wie viele Millionen hätten wir sparen können, wenn unsere Industrie sich meinetwegen mit dem Durchschnittsnutzen guter Friedensjahre begnügt hätte! Aber zu Wucherpreisen ist alles verkauft worden, von der Hosenschnalle an bis zur schwersten Granate! Unsere Steuerkraft hat durch eine begierige Industrie unsäglich gelitten, 70 Millionen Menschen sollen später wieder gutmachen, was zehntausend gefündigt haben!

Wir dürfen, mit diesen unerhörten, fabelhaften Gewinnen vor Augen, fordern:

1. daß die Kriegsgewinnsteuer erhöht wird;
2. daß die Gesellschaften gezwungen werden, die Beträge für Kriegsgewinnsteuer genau anzugeben und sie, ebenso wie die Privatunternehmer, dem Reiche spätestens am Schlusse des Geschäftsjahres zur Verfügung zu stellen;
3. daß die Heeresverwaltung ferneren Riesengewinnen durch Festsetzung normaler Preise am besten auf Grund der letzten Friedensabschlüsse ein Ende macht.

Das ist wenig, aber genug. Noch ist es nicht zu spät, noch kann Abhilfe geschaffen werden. Wir sind nur gerecht, wenn wir den Millionen, die uns jetzt verteidigen, die Bürde der Zukunft erleichtern dadurch, daß wir sie rechtzeitig entlasten. Das ist auch ein Akt der Dankbarkeit, die wir ihnen schuldig sind.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191704 26-16/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 8 Uhr.

Blatzheims Abschieds-Woche. 318

Auf Wunsch Mittwoch bis Sonntag:

„Der müde Theodor".

— Letzte Vorstellung: Sonntag, den 29. April. —

Montag, Einmaliger Abend: **Leipziger Seidel-Sänger.** Leipzigs beste Herren-Gesellschaft. Kasse v. 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Konzerthaus „Oberpollinger". Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1. Neue Kapelle. Täglich: **Gr. Künstler-Konzert** des beliebten Damen-Trompeterkorps: **Alt-Leipzig.** Neue Kapelle. 3

Um regen Zuspruch bittet Frau Elsa Beth.

Holzarbeiter-Verband Halle.

Sonnabend den 28. April 1917, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1917.
2. Kriegs- und Friedensarbeit. Referent: Kollege Ernst Bauer aus Magdeburg.
3. Verbands-Angelegenheiten.

Kollegen! Wir bitten recht dringend, für guten Besuch der Versammlung zu agitieren und selbst recht pünktlich anwesend zu sein, da die Versammlung um 11 Uhr beendet sein muß.

311 Die Ortsverwaltung.

Böhlerts Rosschlächterei

Freitag von 1201 bis 1800, 313
Sonnabend von 1801 bis 2600.

Handbuch der Dreherei.

Dasselbe ist durchgearbeitet, mit reichem Inhalt vermehrt und mit über 455 Abbildungen, 165 Tabellen, 1500 Berechnungen und Formeln versehen.

Gebunden: Preis 6.00 Mk.

Allein-Verkauf

Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Eierverkauf.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule: Freitag, den 27. April 1917.

Zum Kaufe berechtigen die Nummern der Lebensmittelscheine 40 001—57 000, und zwar von 8—12 Uhr vorm. die Nummern 40 001—48 000, und von 2-6 Uhr nachmittags die Nummern 48 001—57000.

Für jeden Kopf eines Haushaltes werden zwei Eier abgegeben zum Preise von 33 Pfennig für das Stück.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!

Umtausch nur innerhalb drei Tagen.

Halle, den 26. April 1917. Der Magistrat.

Auf Grund der Bundesrats-Verordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der Teigwaren (Nudeln) wie folgt geregelt:

Der nächste Verkauf beginnt am Freitag, den 27. April 1917. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund verabfolgt werden.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Nudeln einzukaufen, für welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind, und die beim Verkäufer vorhandenen billigeren und teueren Teigwaren im Verhältnis zur Gesamtmenge ihres Einkaufs anzunehmen. Die Abgabe hat unter Eintragung in den Lebensmittelschein in die Rubrik 5, Spalte 8, sowie unter Abtrennung der Marke 30 des Warenbezugsscheines IV zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Schmeerstraße 1, (Türaufgang) 2. Obergeschoß, binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Bundesrats-Verordnung vom 25. September u. 4. November 1915.

Halle, den 26 April 1917. Der Magistrat.

Die Kohlenzuteilung.

1. Sämtliche Kohlenhändler, Kohlenbezugs-Gesellschaften-Vereine und -Genossenschaften werden aufgefordert, alle erledigten Kohlenbezugsscheine täglich unverzüglich an die Orts-Kohlenstelle Rathausstraße 6, Zimmer 108, abzugeben. Die Lieferungsfirma, Zeit und Menge der Lieferung ist auf den Scheinen zu vermerken.

2. Auf Grund der eingesammelten Kohlenverbrauchs-Anzeigen erfolgt nunmehr die Feststellung des Jahresbedarfs und im Anschluß daran die Ausstellung von Kohlenbezugsscheinen für die Haushaltungen. Die Zeit und der Ort der Ausgabe der Bezugsscheine wird noch bekanntgegeben. Bevor die Bearbeitung der gesammelten Verbrauchsanzeigen nicht erfolgt ist, können Bezugsscheine für den Winterbedarf nicht ausgehändigt werden. Es ist daher unnötig jetzt schon deshalb vorstellig zu werden.

3. Für alle Arten von Betrieben und Anstalten folgt besondere Anordnung.

Halle, den 26. April 1917. Der Magistrat.

Stadtbad.

Die Stelle eines Heizers sowie eines Badewärters ist möglichst bald zu besetzen. Bewerbungen an die Stadtbadverwaltung erbeten.

Halle, den 25. April 1917. Der Magistrat.

Gegen den Kaufmann Hermann Büchner in Halle, Trothaer Straße 28, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königlichen Amtsgerichts hier vom 16. Februar 1917 (wegen Verweigerung der Abgabe von Gries) Uebertretung gegen § 5, Absatz 2 und 19 der Bekanntmachung vom 25. September 1915 eine Geldstrafe von neun Mark oder 3 Tagen Haft festgesetzt worden.

Halle, den 23. April 1917. Die Polizei-Verwaltung.

Achtung! 310 **Hausfrauen!**

„So — Wasch"

der Wunderapparat löst die Seifennot in glänzender Weise und reinigt eine Wanne voll

schmutziger Wäsche in 5 Minuten blitzsauber!

Ohne Bürsten und Reiben.
Ohne Kochen und Einweichen.
Ohne Einschmieren und ohne Chlor.
Ohne Anstrengung und ohne Waschgeruch.

Einführungspreis **nur Mk. 9.50** (später Mk. 12.—)

Nur mit Wasser und wenig Seife oder Seifenpulver!

Die Wäschestücke — selbst die allerfeinsten Gewebe — werden nicht im geringsten beschädigt.

Ueberzeugen Sie sich!

„Oeffentliche Probewaschen"

bei freiem Eintritt und ohne Kaufzwang täglich, nachmittags um 5 Uhr, bis einschließlich Sonnabend den 28. d. Mts. im Saale des Restaurants Mars la Tour, Gr. Ulrichstraße 10 (Eingang über den Hof).

Bitte Leib- und Bettwäsche, Stärkewäsche, Waschseide, Spitzen und Gardinen mitzubringen, die mit dem „So — Wasch" in 5 Minuten vor den Augen der Damen tadellos gewaschen werden.

Der Apparat ist im Saale zu haben.

Dieser echte „So — Wasch"-Apparat ist mit wertlosen Nachahmungen nicht zu verwechseln!

Apollo-Theater. Gastspiel des Gr. Oberdaur. Bauerntheaters. Heute, Donnerstag, 4. letzten Male:

„Der Pfarrer von Kirchfeld". 310

Volksstück in 5 Akten von L. Anzengruber.

Morgen, Freitag: Neuität: Neuität:

„'s Glück vom Riedhof".

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Freitag den 27. April 1917:

Die Fledermaus.

Operette in drei Aufzügen von Johann Strauß.

Sonnabend den 28. April 1917:

Sinfonie-Konzert. 312

Thalia-Theater.

Sonntag den 29. April 1917, abends 7½ Uhr: 314

Gastspiel d. Stadttheater-Personals

Die verlorene Tochter.

Lustspiel von Ludwig Fulda.

Zigarren, Zigaretten u. Tabake in großer Auswahl empfiehlt F.

Ed. Jungmann

Thomasiusstraße 38/39. Ecke Rud. Haymstraße.

Fußlinge, 317 schwarz und braun, im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Parteischriften empfiehlt: Volksbuchhandlg.

40—50 000 Mk. auf gute erste Stadt- oder Landhypotheken auszuleihen. *142

Treuhand-Gesellschaft, Halle, Königstraße 3.

Arbeitsmarkt

Maurer u. Arbeiter werden eingestellt.

Baugeschäft Schöne, 220 Albrechtstraße 30.

Maurer stellt ein *143 Wilhelm Später, Bäckerei 1.

Ab Freitag! 320

Alte Promenade 11a Fernspr. 5/38. **U.T** Leipzigerstrasse 88 Fernspr. 1224.

Maria Carmi in **„Der Weg des Todes".** Spannendes Drama — 4 Akte. —

„Vater Sorge" Eine Künstler-Tragödie in 3 Akten.

„Die ellige Hochzeit". Erstklassiges Lustspiel.

„Das Hemd". Urwüchsiger Humor.

Das Volksblatt ins Feld muß

Versorgen Sie Ihre im Felde stehenden Brüder und Söhne mit geistiger Munition!

Die geeignetste Lektüre ist die für den Frieden wirkende sozialdemokratische Zeitung. — Für den monatlichen Bezugspreis von 80 Pfg. erfolgt der

Versand des Volksblattes

täglich an jede dem Verlag aufgegebene Adresse.

Man fülle den hier folgenden Adreß-Vordruck aus und sende diesen durch die Zeitungsträgerin oder als Drucksache durch die Post an den

Verlag Volksblatt, Halle, Harz 42-44.

(Die Zahlung des Bezugspreises erfolgt am einfachsten an die Zeitungsträgerin.)

An { Dienstgrad ..... Name .....

..... Regt. Nr. ..... Komp. .....
..... Bataillon ..... Batterie .....
..... Abteilung ..... Eskadron .....
Kolonne .....

Besondere Formation: (Höhere Stabe, Funker, Flieger rc. sowie Nummer der Feldpost.) ..... Deutsche Feldpost Nr. .....

S. M. Schiff .....
Geschwader .....

Die Parole aller Friedensfreunde sein!

Ganze, sowie Teile künstlicher

Gebisse bis 20 Mk.

Nur Freitag, 27. April, von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr im Hotel „Stadt Berlin", Zimmer Nr. 6, 1. Stock. *137

Nathansohn & Singer.

Verechtigte Einkäufer. Platin 7.60 Mk. pr. Gr.

Damenbinden Irrigatoren u. Spülapparate.

C. Klappenbach, Halle, 33 Fachgeschäft für sanitäre Artikel. Gr. Ulrichstr. 41.

Kopfwäsche mit Frisur. von **80 Pfg** an.

Zöpfe zirka 3000 Stück am Lager von 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12 bis 30 Mk. Versand nach Einsendung einer Haarprobe. 318

Zopf-Siebert Halle, nur Leipzigerstr. 33 u. 79 I.

Schulbücher aller Art empfiehlt die Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

Für die überaus herzliche und allgemeine Anteilnahme beim Heimgange meines lieben unvergeßlichen Mannes, unseres guten Vaters

Alex Michel

sprechen wir hierdurch unseren aufrichtigsten Dank aus.

Halle, im April 1917.

Im Namen der Hinterbliebenen

Franziska Michel geb. Ballin und Kinder.

319

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170426-16/fragment/page=0004

Halle, 26. April.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 97 — 1917

18]

Der Rubel.

(Nachdr. verb.)

Ein russischer Roman von Fürst Dimitry Galitzin.

„Ich werde es einmal auch so machen," dachte Gatzky, „der Mann Elenas wird nicht besser leben, als ihr Vater."

Außerdem verbitterte ihn das Benehmen seines Onkels gegen ihn den Aufenthalt im Amte. Fürst Peter bemühte sich sichtlich mit dem Ton jedes Wortes auszudrücken, daß er seiner Kessen wie einen Fremden und Unwürdigen betrachte. In letzter Zeit sprach er ihn sogar mit „Sie" an, mit verächtlichem, spöttischem Klang der Stimme, und Alexis mußte sich stellen, als bemerke er das nicht, mußte sich mit Verachtung gegen sich selbst verstellen. Wenn er das Gehalt nicht brauchte, hätte er dem Onkel schon den Standpunkt klar machen können. Ach, wo war die schöne Zeit, da er sorgenlos dahinlebte und sich für reich hielt!

Das Rauschen eines Kleides erweckte den Fürsten aus seinem Sinnen, er erhob sich und wußte sich nicht gleich in seiner Umgebung zurechtzufinden, von der er sich in Gedanken so weit entfernt hatte.

Die schwere Portière ward zurückgeschlagen, und in den Salon trat eine sehr hübsche, sehr kleine Blondine mit einem Stumpfnäschen und einem kinderhaften Ausdruck in den hellblauen Augen. Das war Vera.

„Ich habe Sie so lange warten lassen," sagte sie, langsam vorkommend, sichtlich durch die weiten Gewänder gehindert, die ihren Zustand etwas verbergen sollten, „verzeihen Sie — —"

„Gratulieren oder nicht gratulieren?" fragte Alexis, ihre Hand an die Lippen führend.

Ihr Erscheinen belebte ihn, er wurde lustiger. Ihr kindisches Gesichtchen gefiel ihm und er benahm sich gegen sie wie zu einem guten Kameraden

Sie verstand ihn zuerst nicht, dann aber lachte sie.

„Zu meinem Geburtstag! Gewiß, gratulieren Sie mir, ich habe noch Zeit Anspielungen auf mein Alter zu vermeiden. Gratulieren und vernehmen Sie, daß ich heute mein zweiundzwanzigstes Lebensjahr vollende."

Sie schritt auf einen Fauteuil zu, ließ sich nieder und seufzte.

„Wladimir wird gleich kommen," sagte sie, „wahrscheinlich hält ihn die Ufin zurück. Er hat in Geschäftsangelegenheiten zu ihr müssen — —"

„Wozu?" fragte Gatzky ohne Neugierde, bloß mechanisch.

„Ich habe ihn hingeschickt. Erlauben Sie, in einem Ministerium ist ja gar keine Chance auf ein Vorwärtskommen, eine Vakanz ist nicht in Aussicht, so habe ich also Wladimir beredet, sich um die Stelle des Direktors der Wechselbank zu bewerben. Dort hat man doch mehr Chance und die Stelle ist sehr schön, zehntausend Rubel jährlich . . ."

„Wozu braucht er da die Ufin?"

„Sie ist mit vielen Hauptaktionären der Wechselbank bekannt und kann ihm dazu verhelfen, sie hat vielen solchen Stellen verschafft und nimmt nur 1500 Rubel dafür. Man darf eine solche Gelegenheit, sein Einkommen zu verbessern, nie versäumen, Geld ist immer notwendig . . ."

„Je, immer," wiederholte Alexis dumpf.

Es trat eine kleine Pause ein.

Beide wurden nachdenklich, als sie die Geldfrage berührten. Gatzky bedauerte, daß er nicht früher als Sugorin von dieser Vakanz gehört habe, jetzt konnte er den Freund natürlich nicht ausstechen . . . Freilich, ihn hätte man lieber genommen. Wie dumm, daß ihm so etwas nicht früher in den Sinn gekommen war! Eigentlich war es von Sugorin gar nicht schön, diese zehntausend Rubel, die er ja gar nicht nötig hatte, an sich zu reißen und damit sie einem anderen zu rauben.

„Ach, wenn ich nur einen Haupttreffer machen könnte!" seufzte Vera plötzlich auf, „ich habe zwanzig Lose . . . ich wäre so glücklich!"

„Davon zu träumen ist rein lächerlich," lachte der Fürst, „nur wenn man neunmalhunderttausend Lose besitzt, ist Chance vorhanden. Aber wozu brauchen Sie einen Haupttreffer, Sie haben ja so genug. Es gibt Arme, Hungrige . . ."

„Ach, hören Sie mir von diesen Armen auf!" fiel Vera mit erregter Stimme ein, „für die sind fünfzig Rubel ein Vermögen, mit dreimalhunderttausend wüßten sie gar nichts anzufangen! Aber woher wissen Sie . . . ich brauche dreimalhunderttausend Rubel. Ach will reich sein, märchenhaft reich."

„Wie Potschenefschky?" fragte Alexis scherzend.

Vera blickte ihn ernsthaft an und antwortete:

„Ja, wie Potschenefschky. Ich will so reich sein, daß ich nie darüber nachzudenken brauche, ob mir die Erfüllung eines Wunsches möglich sei oder nicht, ich will in der Lage sein, zu erklären: „Der morgige Tag gehört mir, weil ich ihn kaufen kann." Neulich habe ich irgendwo ein Feuilleton gelesen, das ich natürlich nicht ganz verstand — es war so viel Philosophie darin —, dort hieß es, daß das Leben das höchste Gut sei. Nein, damit das Leben das höchste Gut sei, darf es nicht aus den Refus des Schicksals bestehen, dieses ewig feilschenden Krämers, der zu allem sagt: „Dies Stück Glück kannst du nicht bekommen, so lange du es nicht bezahlst . . ."

Von ihrer eigenen Beredsamkeit hingerissen, erhob sich Vera, ließ sich aber bald wieder nieder.

„Was für ein Unglück, eine Frau zu sein," entfuhr es ihr.

„Aber dafür was für ein Glück, eine Mutter zu sein!" bemerkte Gatzky. Vera lachte.

„Meinen Sie? Ich halte es für ein viel größeres Glück, einen Haupttreffer zu machen. Geld tröstet für alles und Mangel an Geld verbittert jede Freude. Es ist die Essenz von allem, das Leben selbst. Fragen Sie Wladimir, er wird es Ihnen beweisen. Sehen Sie, wir zum Beispiel sind nur deshalb glücklich und mit unserer Existenz zufrieden, weil die Geldverhältnisse uns nicht hindern, oder wenigstens nicht beträchtlich hindern. Wenn wir aber beständig an jeden Groschen denken müßten, würden wir verrückt werden und zuletzt einander hassen . . ."

„Nun, das ist etwas stark ausgedrückt," erklang der tiefe Baß Sugorins, der eben in den Salon trat.

Vera fuhr zusammen.

„Wirklich, du erschreckst mich. Seit du dir einen Wohnungsschlüssel genommen hast, und ohne zu klingeln hereinkommst, muß ich immer vorbereitet sein, daß du plötzlich, wie ein Springteufelchen hinter mir auftauchst."

Sugorin lachte, aber sein Gesicht nahm sogleich einen besorgten Ausdruck an.

„Du bist doch nicht wirklich erschrocken?" fragte er aufgeregt.

Ueber seine Züge flog eine heftige Unruhe. An der Art, wie er Vera an der Hand faßte, konnte man sehen, wie tief er sie liebte und wie er über sie wachte.

Sie zuckte die Achseln.

„Erzähle mir lieber von deiner Unterredung mit der Ufin, und vor allem, begrüße den Fürsten."

Sugorin streckte Gatzky mit freundlichem Lächeln die Hand entgegen und wandte sich dann wieder zu Vera:

„Es ist alles in Ordnung, sie hat mir versprochen, die Sache energisch in die Hand zu nehmen. Morgen schon wird sie einige Personen sehen, von denen der Erfolg abhängt. Aber stelle dir vor, sie verlangte von mir einen Schein, daß ich ihr, im Falle ich Direktor würde, 2000 Rubel zu zahlen hätte."

„Zweitausend?" fragte Vera, „du hast fünfhundert verschwendet, du leichtsinniger Mensch. Aber ich muß jetzt ins Speisezimmer, ich bin überzeugt, daß dort viele Dummheiten gemacht worden sind — sie haben gewiß wieder das Service verwechselt."

„Werden heute viele zu Euch kommen?" fragte Gatzky, als sie sich entfernt hatte.

„Nein, du begreifst, daß das Empfangen sie ermüdet. Es kommt nur noch Potschenefschky, der ja ein Hausfreund ist — — selbstverständlich mit seinem Höfling. Er hat da so einen Polen bei sich, Resovsky, ohne den er nirgends hingeht, wie manche Damen nie ohne einen livrierten Lakaien ausgehen . . . Aber richtig, die Hauptsache habe ich vergessen dir zu erzählen: Potschenefschky will ein Schatrowo kaufen. Er hat sich von seinem dortigen Verwalter berichten lassen, und dieser hat das Gut sehr gelobt."

„Wirklich!" rief Alexis freudig und seufzte tief auf, als sei ihm ein Stein von der Brust gefallen. Jetzt war alles gut, jetzt brauchte er nichts mehr zu fürchten.

„Die Hälfte der Angelegenheit ist also erledigt," fuhr Sugorin fort, „das übrige hängt von seiner Tochter ab. Heute wird er dich einladen, in etwa drei Tagen macht du ihn deinen Besuch, wirst mit Anna bekannt und dann — — dann gratulieren wir dir zu der schönen Frau und zu der schönen Millionen."

Gatzky wollte antworten, daß er es sich anders überlegt habe, daß dies nie geschehen könne, aber er schwieg, denn er fürchtete, daß Sugorin wieder mit seinen Beweisen kommen und ihn aus der Fassung bringen würde.

„Ja, ja," murmelte er mit erkünstelter Zerstreutheit.

Er klingelte.

„Potschenefschky?" fragte Sugorin.

„Ja, Potschenefschky," wiederholte Vera, lebhaft, in das Zimmer tretend und sich auf den Divan zurechtsetzend. Sugorin schritt in das Vorzimmer, dem Gaste entgegen. Es ertönte die rauhe Baßstimme Potschenefschkys und dazwischen ein kreischender Tenor.

(Forts. folgt.)

Das russische Nationalitätenproblem.

Da Rußlands Weltteilsgröße hat, nach seinem inneren Aufbau die Herrschaft einer gebietenden Nation über mehr als hundert unterworfene bedeutet, so müssen bei der demokratischen Umgestaltung des Reiches mit den politischen und den wirtschaftlichen auch die nationalen Fragen erwachen. Der Gedanke der föderalistischen Umformung Rußlands ist nicht neu in der russischen revolutionären Literatur. Einer der ersten Verkünder war Bakunin, durch ihn beeinflußt, wollte Herzen dem Verhältnis Rußlands zu Polen eine föderalistische Lösung geben. Alle wesentlichen Gedanken, die die Lehre von der nationalen Selbständigkeit und Selbstverwaltung umfassen, finden wir aber bei dem Erzvater der ukrainischen Bewegung Dragomanow bereits ausgesprochen. Auf den Semstwokongressen, die den Beginn der Revolution von 1904 und 1905 begleiten, bildete die Frage der Stellung der Fremdstämmigen den Gegenstand zwiespältiger Beratungen. Als auf dem Kongreß vom September 1905 die konstitutionellen Demokraten den Polen einen selbstgewählten Landtag, der gleichzeitig mit der ersten Duma einberufen werden sollte, zubilligten und die Liberalen neben der „Autonomie" Kongreßpolens den übrigen fremdstämmigen Gebietsteilen örtliche Selbstverwaltung für bestimmte Angelegenheiten gewähren wollen, schrie die „Partei der Rechtsordnung" über die Zergliederung Rußlands. Der „Nationalismus", wie er bald darauf unter Stolypin und durch Stolypin zur Blüte kam, gewann seinen ersten Ursprung auf den Semstwokongressen. Die revolutionären Parteien traten freilich schon in die erste Revolution national gegliedert ein. Da gab es neben der russischen Sozialdemokratie in ihren einzelnen Organisationen den „Bund" der jüdischen Arbeiter, die polnische sozialdemokratische Partei, die sozialdemokratische Partei für Polen und Litauen, die lettische Sozialdemokratie u. s. f. In der ersten Duma bildeten die 67 ukrainischen Abgeordneten die auffallendste nationale Gruppe, wenn sie auch zum größten Teil im Gefolge des Bauernbundes marschierten, wie die Polen bei den Kadetten Anschluß suchten.

Auf den ersten Blick scheint hier etwas vorzuliegen, das an das österreichische Völkerproblem gemahnt; dennoch ist dies eine Täuschung. Trotz des weit größeren Völkergewirres, ja vielleicht gerade deshalb greift die nationale Frage hier nicht in den Kern des Staatsganzen, den ungeteilt das Achtzigmillionenvolk der Großrussen bildet. Folgen wir der Scheidung nach größeren Gruppen, so stehen den etwa 125 Millionen Slawen (80 Millionen Großrussen, 28 Millionen Ukrainern, 6 Millionen Weißrussen, 11 bis 12 Millionen Polen) ungefähr 50 Millionen nichtslawischer Völkerschaften gegenüber. Diese stehen aber zu dem herrschenden Staatsvolk in durchaus verschiedenem Verhältnis. Als befähigt zu Trägern einer modernen nationalen Selbständigkeitsbewegung dürfen wohl nur die 2¼ Millionen katholischer Litauer, die 2 Millionen evangelischen Letten und Esten (1½ Millionen), die 1½ Millionen Armenier in Kaukasien, die 2½ Millionen Finnen, wovon 3 Millionen in Finnland, gelten. Aber wie belanglos stehen diese Zahlen neben der Zahl des Großrussentums! Weit mehr Gewicht fiele den türkisch-tatarischen Völkern mit ihren mindestens 18 Millionen Köpfen zu. Doch gerade zu ihnen zählen zahlreiche Stämme, deren Schicksal zu jenen scheint, in dem sich ausbreitenden Großrussentum auf- und unterzugehen. Ueber den großen Staatsaktionen, in denen sich die Kriegs- und Eroberungsgeschichte des russischen Weltreichs vollzieht, wird allzu oft ein gleichzeitiger, seinen Ergebnissen nach weit wichtigerer innerer Vorgang übersehen: die Fortsetzung der ursprünglichen Landnahme durch die Großrussen innerhalb der gegebenen Grenzen des Reiches.

Die Siedelungsgeschichte Rußlands zeigt ähnliche Züge wie die der übrigen europäischen Staaten, aber sie hat das Gepräge größerer Jugend. So ist z. B. Sibirien, dieser größte Besitz Rußlands, keine Eroberung des russischen Staates: „Diese gewaltige Ausbreitung nach dem Osten ist das Werk des Volkes selbst, der Staat hat hier nur zu ernten gehabt, was die selbsteigene Arbeit des Volkes gesät hatte." Und während sonst die unterworfenen Völker ihre angeborene Volkstracht behielten, wird Sibirien immer mehr, unter dem Zustrom der Einwanderung, russisches — rein großrussisches Land. Die Polarvölker aber, die in streifenartiger Siedelung den Flußzügen folgen, unterliegen ebenso wie die nordischen Völker des europäischen Rußlands, die Tschuwschen, Meschtscheriaken, Teptjaren, einem unaufhaltsamen Auflösungsprozeße, der übrigens bei der suggestiven Kraft der russischen Kultur auch auf Baschkiren und Kirgisen seine Wirkung auszuüben beginnt.

Mit diesem Vorgang ursprünglicher Landerfüllung durch den Russen als Auswanderer und Siedler vollzieht sich aber zugleich die Bedeutung des nationalen Problems wesentlich wandelnd, eine vollständige Umschichtung in der Dichte der Besiedelung. „Die Ukraine der Kosaken und Mazeppas," sagt Leroy-Beaulieu, „hat ihre alte, wilde Schönheit verloren. Der Pflug hat sich ihrer bemächtigt. Die öden Ebenen, in denen sich die Armee Karls XII. verlor, stehen in regelrechtem Anbau. Die Steppe Gogols wird bald wie die Prärien Coopers nur noch eine Erinnerung sein." Den Anfang der russischen Besitzergreifung bildeten die Ansiedlungen der Kosaken, der Flüchtlinge, Abenteurer jeder Art, die sich in der Steppe niederließen. Die Nachbarschaft der Tataren zwang sie zu militärischer Organisation, der Ruhm ihrer Heldentaten gegen die Tataren verbreitete sich über ganz Rußland und erhob den Kosaken zum Ideal des freien Mannes, zum Helden der Volkspoesie. Katharina brach ihre drohend gewordene Macht, siedelte einen Teil der Kosaken jenseits der Wolga und in Sibirien an. Allmählich wandelte sich das Reitervolk in ein Volk friedlicher Ackerbauern um, namentlich als der Ausbau der Eisenbahnen die besondere Ausnützung der wunderbar fruchtbaren schwarzen Erde möglich machte. Nun beginnt der Zustrom der Einwanderung vom Norden her, der bald auch in die Steppen und Halbwüsten der Manytschniederung eindringt und die ansteten Hirtenvölker der Kirgisen, Kalmücken, Nogaitataren zwingt — eingeengt zwischen russischen Siedelungen —, allmählich selbst seßhaft zu werden. Wie gewaltig wächst hier die Volkszahl! Das ganze europäische Rußland mochte im ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts von etwa zwanzig Millionen Menschen bewohnt sein, das heißt bei fünf Millionen Quadratkilometer Oberfläche vier Menschen auf einen Quadratkilometer. Zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts hat sich die Bevölkerung auf ungefähr 35 Millionen Menschen gehoben, um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts (1851) wird sie auf 52¾ Millionen, gegen das Ende des neunzehnten Jahrhunderts bei der ersten nach wissenschaftlichen Grundsätzen im Jahre 1897 angestellten Zählung auf 94¼ Million bezifiert. Folglich hat die russische Gesamtbevölkerung die in den anderthalb Jahrhunderten von 1700 bis 1852 bloß um 32 Millionen angewachsen war, in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts um 42 Millionen Köpfe zugenommen und im ganzen des russischen Weltreiches von 125 Millionen im Jahre 1897 auf 170 Millionen im Jahre 1912. Diese erdrückend große Zunahme ist durchaus nicht das Ergebnis von Einwanderung, sondern die Frucht natürlicher Volksvermehrung, die bei einer Geburtenzahl von 56 Promille und einer Sterblichkeit von 30 Promille eine Vermehrungsrate von 14 Prozent im Jahresdurchschnitt aufweist. Allein dieser gewaltige, ja geschichtlich beispiellose Volkszuwachs verteilt sich auf die einzelnen Gebiete und Zonen des Reiches in durchaus verschiedener Weise. Er schwankt, wenn man den Zeitraum von 1851 auf 1867 als Maßstab nimmt, zwischen 54 Prozent in den nördlichen Gouvernements und 126 Prozent in Samara, Ufa, Orenburg, 165 Prozent in den Gebieten Südostrußlands. Wir sehen somach hier — ein neuer Beweis für die kulturelle Jugend des Landes — den ungekehrten Vorgang, der sich in den Weststaaten Europas vollzieht. Erhalten dort gerade die dichtest bevölkerten Landesteile den reichsten Zuzug, so hat im osteuropäischen Tiefland nach amerikanischer Weise eine Ausgleichung zwischen den dicht und den dünn bevölkerten Gebieten stattgefunden — ursprüngliche Besitzergreifung von Gegenden, deren Bevölkerung weit hinter den landwirtschaftlichen Hilfsquellen zurückbleibt.

Das Bevölkerungszentrum Rußlands verschiebt sich demnach der Steppe zu, nach dem Süden, wo die schwarze Erde, der Kohlenreichtum des Donezgebietes, die Ausfuhrwege zum Schwarzen Meer den Erwerb und Boden suchenden Muschik anlocken. Der Süden aber ist das Land der Ukrainer und damit wird die ukrainische Frage zu einem zentralen Problem Rußlands. Als solche empfindet man sie eigentlich erst seit kurzem. Noch Dragomanow darf Herzen vorwerfen, daß er Polen im staatsnationalen Sinne nehme und bei dem polnisch-russischen Ausgleich, den er anstrebe, nicht beachte, wie wenig das alte polnische Königreich im ethischen Sinne polnisch war. „Sind die Ukrainer von Kiew," fragt Haller in seiner jüngsten Darstellung des Gegenstandes, „und die Russen von Moskau ein Grunde desselben? Es handelt sich um zwei verschiedene Staatswesen: Moskau ist nicht die Fortsetzung von Kiew, sondern etwas Neues. Es ist eine Kolonie der Ukraine, die sich zuerst unabhängig macht, dann die Herrschaft an sich reißt. Ukrainische Slawen wandern in das heutige, damals von finnischen Völkern bewohnte Mittelrußland ein. Durch Vermischung mit den Voreinwohnern bilden sie den sogenannten großrussischen Stamm, der wird von Kiew und Nowgorod unterworfen, erhält sich dann aber mit einem Herrscher aus Kiewer Fürstenstamm unter tatarischer Oberhoheit, um bald Herr seiner einstigen Herren zu werden." Man kann darüber streiten, ob die Ukrainer bloß eine Spielart der Russen, ihre Sprache bloß eine russische Mundart ist, wie es der deutsche Slawist Leskien behauptete, oder eine selbständige Sprache, wie es die Petersburger Akademie der Wissenschaften 1906 aussprach. Aber die Frage der nationalen Selbständigkeit ist keine Frage der Sprachgelehrten und der Akademien. Auch die Holländer sind blutreine Deutsche und sind seit Jahrhunderten schon ein selbständiges Volk. Der nationale Sonderwille, der Wille zum nationalen Eigenleben entscheidet. Und dieser ist, wie Haller es zutreffend ausdrückt, bei der ukrainischen Intelligenz ebenso stark, als diese Intelligenz selbst zahlenmäßig schwach ist. Die Ukrainer haben keinen nationalen Adel; er ist polnisch oder großrussisch geworden; kein nationales Bürgertum, es ist in Charkow, Kiew, Jekaterinoßlaw russisch oder jüdisch, und bei den Bauern, die 75 Prozent der Gesamtmasse bilden, verbietet schon die Schriftunkenntnis, von einem nationalen Selbstbewußtsein in entwickelter Form zu sprechen. Ebenfalls russisch war die orthodoxe Priesterschaft, waren Schulen und Klöster, was alles, was öffentliches und geistiges Leben in sich trägt. Dennoch stand eine starke ukrainische Gruppe in der ersten Duma und Miljukow durfte knapp vor dem Krieg eine gründliche Verbreitung ukrainischer Volksschichten feststellen.

So ist die eine große nationale Frage, die Rußland in sich birgt — denn sie betrifft dreißig Millionen Menschen, wohnend auf dem reichsten, wirtschaftlich wie geographisch wichtigsten Teile des Reiches —, eine Frage der Zukunft, eine Sache der Zweifel. Die polnische und die finnische Frage haben demgegenüber mehr staatsrechtliche Form, greifen nicht in das Innenleben des russischen Reiches und Volkes. Neben der Frage, ob die Ukrainer dauernd im Volke der Russen aufgehen oder eine ständige Nation bilden werden, verschwinden alle anderen, die „litauische", die „lettische" und sonstigen Fragen zu bloßen Nebenbingen. Auch das Problem des nichtgroßrussischen Westens wird erst von Ernst und Gewicht, wenn entschieden ist, daß sich die Ukrainer dauernd von den Großrussen zu völligen Selbständigkeit losreißen.

K. L. (Wiener Arbeiterzeitung.)

Kleines Feuilleton.

Riesenzahlen der Gefangenen-Sendungen.

Die Anzahl der über Schweden an die Kriegsgefangenen beförderten Liebesgabenpakete beträgt in den Jahren 1915-16 über 6,1 Millionen, wovon 5,6 Millionen in der Richtung von Rußland nach Deutschland und zirka ½ Million Pakete in entgegengesetzter Richtung gingen.

In der gleichen Zeit wurden 1 559 000 Postanweisungen von zusammen über 19 Millionen Kronen von Rußland nach Deutschland und 164 000 mit einer Gesamtsumme von rund 2 Millionen Kronen von Deutschland nach Rußland und Japan gesandt. Außerdem beförderte die schwedische Post in den genannten Jahren 320 000 Kilo gewöhnliche Briefpost für die Kriegsgefangenen. Da die Beförderung abgabefrei ist, hatte die schwedische Post hierfür einen Kostenaufwand von rund 5 Millionen Kronen zu tragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170426-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. April 1917.

Ein Zeitungsbericht als „Grober Unfug".

Im Laufe der Jahre ist es immer seltener vorgekommen, daß der berüchtigte Gesetzesparagraph über groben Unfug sogar gegen Zeitungen anzuwenden versucht wurde. Nur ganz frivole offenkundige Erfindungen, die sichtlich Beunruhigung schaffen oder gar zu derbe Aprilscherze haben früher gelegentlich zur Verurteilung von Zeitungen wegen groben Unfugs geführt. Im letzten Jahrzehnt ist dann eigentlich nur noch bei Streik- und gleichzeitigen Boykottaufforderungen in Zeitungen oder Flugblättern gegen die Verfasser der Grobe-Unfug-Paragraph als Anklagemittel gebraucht worden. Aber nur selten mit Erfolg.

Jetzt ist durch eine Anzeige des Amtsvorstehers in Zschernen auf einem ganz anderen Gebiete ein Verfahren wegen eines, angeblich durch die Zeitung verübten „groben Unfugs" eingeleitet worden. Nach recht zeitraubenden Vorarbeiten, Vernehmungen und Untersuchungen mußte sich gestern das Schöffengericht mit dem Fall beschäftigen.

Im Juni vorigen Jahres hatte das Volksblatt im lokalen Teil eine Notiz gebracht, die irgend in einer Tongrube bei Nietleben sechs Kisten „Wurst" versenkt worden seien. Es wurde in der Notiz darauf hingewiesen, daß dort öfters Nahrungsmittel versenkt würden, was in den Zeiten allgemeinen Lebensmittelmangels sehr zu bedauern wäre. Unserdem entstünde in der Umgebung des Tonloches eine Kriegsgefahr, die besonders zu bedauern gefährlich wäre. Zum Schlusse wurde gar noch darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, dem Ortsvorsteher einige Polizeigewalt zu geben, damit gegen die Zustände etwas getan werden könne. — Durch diese Notiz sollte der grobe Unfug begangen sein, und der verantwortliche Schriftleiter Genosse Koenen und sein in Nietleben behördlich ermittelter Gewährsmann Seidel erhielten beide Strafbefehle, gegen die sie natürlich Einspruch erhoben.

Wie die Beweisaufnahme ergab, handelte es sich nicht um sechs Kisten verdorbener Wurst, sondern um Käse. Der Gewährsmann S. gibt an, daß ihm der Arbeiter, der das Versenken der Kisten besorgt hat, erklärt habe, daß es sich um Wurst gehandelt habe. Es könne aber auch was anderes gewesen sein. Dem Schriftleiter hat derselbe Arbeiter später auch erklärt, daß es sich um Gehirn, Leberwurst oder irgendeine Fleischware gehandelt haben könne. Es sei alles ein ineinandergelaufener Brei gewesen, so daß man nicht genau habe feststellen können, was es denn eigentlich gewesen sei. S. gibt noch an, daß er vor dem Schreiben der Notiz beim Gemeindevorsteher gewesen sei, wo man ihm in der Amtsstube erklärt habe, man könne nichts machen, das sei Sache des Amtsvorstehers. Erst dann sei die Veröffentlichung erfolgt, um eine Besserung der Verhältnisse für die Einwohner, die an der Senkgrube wohnten, herbeizuführen.

Der Vorsitzende legt besonderen Wert auf die Feststellung, daß in der Notiz „Wurst" gestanden habe. Sollte dem Gewährsmann nichts davon mitgeteilt worden sein, so sei das doch vielleicht strafbar, statt Käse, der tatsächlich versenkt worden sei. Wurst anzugeben. Der Schriftleiter K. meint, daß doch für die Feststellung eines groben Unfugs auf den Unterschied von Wurst oder Käse überhaupt kein Gewicht zu legen sei, da es rechtlich gleichgültig wäre, was versenkt worden sei. Die angeblich Aufregung wäre mindestens ebenso groß gewesen, wenn Käse dagestanden hätte. Der Beklagte S. fügte noch hinzu: Käse sei damals wie heute ein für das Volk besseres und wohlfeileres Nahrungsmittel gewesen als die von den Firmen damals herausgelieferte angebliche Konservenwurst, die von der arbeitenden Bevölkerung ihres hohen Preises wegen überhaupt nicht gekauft worden konnte, während für Käse Höchstpreise bestanden. Um festzustellen, ob der Gewährsmann tatsächlich auf dem Gemeindebureau gewesen ist, wurde die Verhandlung vertagt, da nach Ansicht des Richters bei einer vorherigen Meldung an die Behörde nicht angenommen werden könne, daß vorsätzlich Unfug verübt werden sollte.

So kam die Angelegenheit, die schon seit langem das Gericht beschäftigt, wiederum nicht zum Abschlusse.

Hauswirte gegen Kinder.

Eine örtliche Nachrichtenstelle schreibt den Zeitungen:

„Daß kinderreiche Familien unter Umständen keine Wohnung bekommen können, ist eine oft gehörte Klage, die zur Anklage wird, wenn es sich um die Familien von Kriegern handelt. Aber welchen Grad der Gewissen- und Mitleidslosigkeit dieser Kampf gegen das Kind erreichen kann, hätten wir nicht für möglich gehalten, wenn es uns nicht selbst in diesen Tagen von einem davon Betroffenen mitgeteilt worden wäre. Der Fall ist so empörend, daß er der Oeffentlichkeit übergeben werden muß. In der Blumenthalstraße hat eine Hausbesitzerin einer bei ihr wohnenden Dame gekündigt, weil diese während mehrerer Wochen ihre Schwiegertochter mit deren kleinem Kriegskindchen zu Besuch bei sich hatte; der Vater des Kindes steht im Felde. Es sind nicht etwa Klagen im Hause laut geworden über Kinderlärm, im Gegenteil hat eine darüber wohnende Dame geäußert, sie hätte gar nicht gemerkt, daß ein Kind im Hause sei. Die Hausbesitzerin selbst konnte noch weniger dadurch gestört werden, da die im gleichen Stockwerk befindlichen Schlafräume abseits lagen. Es wurde der Mutter unzulässlich der Kündigung in Aussicht gestellt, daß Mutter und Kind bald für dauernd abreisen würden, es wurde ihr die schriftliche Versicherung angeboten, daß sie nicht wieder für längere Zeit kommen würden — alles umsonst: „Man kann nicht wissen!" lautete die Erwiderung. — Wenn solche Sinnesart, die doch alles bisher Gehörte überbietet, in unserer Stadt möglich ist, dann kann man nur mit rechter Besorgnis den Kämpfen um Wohnungsmöglichkeiten entgegensehen, die nach Friedensschluß entbrennen müssen. Zu hoffen ist nur, daß solche rücksichtslose selbstische Gesinnung eine traurige Ausnahmeerscheinung sein möchte."

Soweit die Mitteilungen der Nachrichtenstelle, deren Mitarbeiter in die sehr berechtigte Erregung aber wohl nur deswegen geraten ist, weil ihm ein besonderer Fall aus besseren Kreisen vorlag. Die Einzelheiten und Nebenumstände der Kündigung liegen ja allerdings diesmal besonders traß. Aber sich offenbarende große soziale Mißstand müßte uns allgemein doch noch viel näher angehen und noch heftiger erregen. Denn die einzelne Dame findet sofort überall und leicht für ihr Geld eine große Wohnung wieder. Aber zahlreiche Arbeiter- und Beamtenfamilien, die mit viel Kindern gesegnet sind, rennen oft genug am Halbjahresschluß von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, um unter den größten Schwierigkeiten ein unzulängliches teures Unterkommen zu finden. Die oben kritisierte Kündigung ist an sich ein äußerst peinlich berührender Akt, aber die wirklich und große Schwierigkeit beginnt doch erst bei der Suche nach einer neuen Wohnung. Und der tritt, weil es meist unbemittelte, kinderreiche Familien betrifft, das soziale Problem, das Wohnungselend, an uns heran. Wer da abhelfen will, muß unsere oft erhobene Forderung unterstützen, daß, wie in Dessau, die Stadt große Wohnungen für kinderreiche Familien baut und billig vermietet.

Die Arbeiterausschüsse in den gewerblichen Betrieben

bildeten den Verhandlungsgegenstand einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung, die gestern abend im Volkspark stattfand. Sie war von Mitgliedern solcher Ausschüsse wider Erwarten gut besucht.

Den einleitenden Vortrag über: Die gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse hielt Genosse Arbeitersekretär Kleeis. Er wies zunächst darauf hin, daß um die Arbeiterausschüsse schon ein langer Kampf geführt worden sei. Sie wurden schon im Frankfurter Parlament von 1848 gefordert. Aber erst im Jahre 1861 trat der erste solche Ausschuß ins Leben. Eine gesetzliche Anerkennung fanden die Ausschüsse erst durch das sog. Arbeiterschutzgesetz im Jahre 1891, durch das den Ausschüssen, wo sie vorhanden sind, einige Aufgaben zugewiesen worden sind. Erst jetzt, gelegentlich der Einführung des Hilfsdienstgesetzes, ist vom Reichstag ein weiterer Schritt mit der obligatorischen Errichtung der Ausschüsse für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern unternommen worden. Es sei nunmehr auch vorgesehen worden, daß der Arbeiterausschuß neben seinen bisherigen Aufgaben sich auch mit Lohnfragen und sonstigen Arbeitsbedingungen beschäftigen kann. Redner erläuterte hierauf das Verfahren vor den Ausschüssen und empfiehlt insbesondere, ein Regulativ oder eine Satzung für jeden solchen Ausschuß aufzustellen. Damit erhält er eine feste Richtschnur für seine Tätigkeit. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat zwar unterm 22. Januar 1917 eine Verordnung über den Geschäftsgang in diesen Ausschüssen erlassen, aber diese Verordnung sei zum Teil unzulänglich und für die Arbeiter nachteilig. So soll danach z. B. der Betriebsunternehmer den Vorsitz im Ausschuß führen. Es sei doch erklärlich, daß damit die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit sehr beschränkt werden. Es seien ihm, dem Redner, sehr viele Satzungen bekannt, nach denen die Arbeiterausschüsse aus ihrer Mitte den Vorsitzenden wählten, zu bestimmten Zeiten ihre regelmäßigen Sitzungen abhalten und die dabei verwendete Zeit als Arbeitszeit bezahlt bekommen. Ein Mangel des neuen Hilfsdienstgesetzes sei auch, daß seine Vorschriften über die Wahl und Zusammensetzung der Ausschüsse nicht auf die alten Ausschüsse anwendbar sein sollen, die schon vor dem 5. Dezember 1916 bestanden. Eine Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 bringt einen Schutz der Mitglieder der Arbeiterausschußmitglieder insofern, als diese wegen der Ausübung ihres Amtes nicht benachteiligt und entlassen werden dürfen. Die unzureichend aber diese Vorschriften noch seien, gehe daraus hervor, daß ihm in der letzten Woche zwei verschiedene Fälle bekannt geworden seien, wo nachweislich Arbeiter wegen ihrer Tätigkeit im Arbeiterausschuß entlassen worden seien. Seien aber auch die ganzen Bestimmungen noch mangelhaft, so müßte gleichwohl alles versucht werden, sie zum Nutzen der Arbeiter anzuwenden und durchzuführen. Man könne sonst zum Hilfsdienstgesetz stehen wie man wolle, jetzt gelte es, die wenigen Rosinen herauszupicken. Es komme sehr viel auf die Energie der Arbeiter der Betriebe selbst an. Es seien viele Beschwerdemöglichkeiten bei Behörden vorgesehen und er könne sich nicht denken, daß sie alle erschöpft werden, ohne dabei Erfolge zu erzielen. Allerdings gelte es nun, auf Grund der gesammelten Erfahrungen eine Verbesserung der Vorschriften und ihre Ueberführung in die Gewerbordnung zu erstreben.

Dem Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion, in der noch mancherlei Einzelfragen und Unklarheiten besprochen wurden. Auch die Schattenseiten des Hilfsdienstgesetzes und die Wirksamkeit der Schlichtungsausschüsse wurden erörtert. Aus einigen Betrieben konnte über ein augenblickliches recht erfolgreiches Auftreten der Ausschüsse berichtet werden, das andererseits mit auf die Knappheit an Arbeitskräften zurückgeführt wurde. Mit Nachdruck wurde verlangt, daß überall auf die sofortige Wahl der Ausschüsse und vollste Ausnutzung ihrer Rechte hingedrängt werden muß.

Städtische Teuerungszulagen erhöht!

Der Soziale Ausschuß der Stadtverordneten beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den Antrag Eummer, denjenigen Mitgliedern des Stadttheaters, die unter 200 Mk. Monatseinkommen haben und kinderreich sind, eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren, abzulehnen. Ein Gesuch der Laternenwärter um Lohnerhöhung wurde gleichfalls abgelehnt. — Der Ausschuß genehmigte dann eine Vorlage des Magistrats, vom 1. Mai an für die Kriegsdauer folgende Teuerungszulagen zu gewähren. 1. An Unverheiratete bis zum Jahreseinkommen von 2600 Mk. (bisher 2200 Mk.) wöchentlich 2,75 Mk. (bisher 1,50 Mk.), monatlich 12 Mk. (bisher 8 Mk.). 2. An Verheiratete bis zu 6000 Mk. Jahreseinkommen (bisher 4500 Mk.) ohne Kinder wöchentlich 4,25 Mk. (bisher 2,25 Mk.), monatlich 18 Mk. (bisher 10 Mk.). 3. Für jedes Kind wöchentlich 2,75 Mk. (bisher 1,25 Mk.), monatlich 12 Mk. (bisher 5,60 Mk.). Während bisher für diese Teuerungsgelder in 6 Monaten etwa 200 000 Mk. aufgewendet wurden, erfordern 6 Monate jetzt nach den neuen Sätzen und der Erweiterung des Personenkreises 400 000 Mk. Insgesamt kommen an Arbeitern, Angestellten, Beamten und Lehrern 2795 Personen in Betracht. — Weiter wurde noch beschlossen, für ungelernte Arbeiter eine Lohnerhöhung von 10 Prozent, für gelernte eine solche von 25 Proz. zu bewilligen, da in der Hinsicht ja schon wiederholte Forderungen gestellt worden sind.

Neue Bekanntmachungen.

Eier werden morgen auf die Nr. 40 000 bis 57 000 abgegeben.

Nudeln gibt es von Freitag an in den Geschäften nach Kundenliste ¼ Pfund pro Kopf auf Warenbezugsmarke 30.

Reis. Kleinhandelsgeschäfte, die Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag, den 27. April, und Sonnabend, den 28. April, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Reis abzuholen. — Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

* **Lohnzahlungen ohne Kleingeld.** Der Leiter einer Fabrik schreibt den Zeitungen: „Wir haben in unserer Fabrik 14tägige Lohnperiode, zahlen aber jede Woche aus, und zwar wird in der ersten Woche eine Abschlagssumme gezahlt, in der zweiten Woche wird abgerechnet. Die Zahlung geschieht stets nur in vollen Markbeträgen, und zwar derart, daß in der Abschlagswoche, in der die kleine Zahlung geleistet wird, die Pfennigbeträge nach oben abgerundet werden. Der zuviel gezahlte Betrag wird auf die neue Woche vorgetragen. In der darauffolgenden Abrechnungswoche, in der die größere Zahlung geleistet wird, werden die eine Mark überschreitenden Pfennigbeträge nicht ausgezahlt, vielmehr für die nächste Woche vorgetragen. Da, wie schon gesagt, in der Abschlagswoche sonst die kleinere Zahlung geleistet wird, so tritt für die Leute noch ganz angenehm in Erscheinung, daß auf diese Weise die Abschlagszahlung noch um eine Kleinigkeit erhöht wird. Wenn sonst der Lohntag herankam, war es stets eine große Sorge für unser Lohnbureau das nötige Kleingeld zu beschaffen. Wir führen heute eine Lohnzahlung für zirka 1000 Personen vollständig kleingeldlos durch. Wenn alle Betriebe in ähnlicher Weise ihre Auszahlungen einrichten, dürfte meiner Ansicht nach ein großer Teil der Kleingeldnot behoben sein."

Diese Art Lohnzahlung ist die gleiche, die wir in unserem Blatte schon vor Monaten besprochen haben, als sie vom Zeitzer Arbeitgeberverbande zur Durchführung empfohlen wurde. Den Betrieben ist mit dieser Methode wohl geholfen, aber wie kommen die Arbeiter zu dem so nötigen Kleingeld?

* **Sicherstellung des Wasserbedarfs für den kommenden heißen Sommer.** Die deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik hat ein sehr bemerkenswertes Schreiben an das Meteorologische Institut in Berlin gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Soweit Laienbeobachtung und gewisse laienhafte Kenntnisse über meteorologische Vorgänge ein Urteil gestatten, muß man für den kommenden Sommer auf große Wärme und Trockenheit schließen. Da nun der Erfolg unserer Ernte in viel stärkerem Maße als jemals seit Menschengedenken das Bestehen unseres Volkes ausschlaggebend beeinflußt, so erscheint es angebracht, beizeiten auf die Möglichkeit hinzudeuten und die Maßregeln zu treffen, die erforderlich sind, um etwaigen aus Dürre und Hitze erwachsenden Nachteilen zu begegnen. Dabei sei noch darauf hingewiesen, daß in einem noch nicht dagewesenen Umfange die Ernährung der Bevölkerung in den nächsten Monaten auf der Selbstversorgung beruhen wird insofern, als viel mehr Menschen und Haushaltungen als früher ihre Versorgung auf eigenen Gartenbau stützen, nicht nur das Garten, die bisher als Ziergärten benutzt, für Gemüsebau eingerichtet wurden, sondern es haben unendlich viele Leute Parzellen gelaust oder gepachtet, als Kartoffel- und Gemüseland. Alle diese Versuche der Selbstversorgung sind von erheblichster Bedeutung. Bekommen wir nun einen besonders heißen und trockenen Sommer, so sind die Früchte aller dieser Bemühungen in Frage gestellt, wenn nicht für künstliche Bewässerung gesorgt ist. — Man erinnere sich nur daran, daß in dem Sommer 1911 in vielen Orten die Wasserleitungen versagten, so daß die künstliche Bewässerung der Gärten, ja, zum Teil die Benutzung des Leitungswassers für Bäder, unterlagt werden mußte. Geschehe ähnliches im kommenden Sommer, so sind die Folgen für die Ernährung gar nicht abzusehen. Es muß also die Leistungsfähigkeit der Wasserleitungen sichergestellt, dagegen hinaus aber gesorgt werden, daß, wo das Netz der Wasserleitungen nicht hinreicht, andere Möglichkeiten der künstlichen Bewässerung, insbesondere billige Brunnenanlagen, geschaffen oder andere Vorkehrungen rechtzeitig getroffen werden."

* **Fräulein Architekt.** Fräulein Käthe Pfeiffer, Tochter des hiesigen Baumeisters Hermann Pfeiffer, bestand, nachdem sie als Maurergeselle praktisch gelernt und die Gesellen- und Meisterprüfung abgelegt hatte, nunmehr vor der staatlichen Kommission der Technischen Hochschule in Hannover die Vorprüfung zum Diplomingenieur, und zwar als einzige und erste Architekturstudentin des Instituts.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, wird Lortzings Undine in der bereits bekanntgegebenen Besetzung der Hauptrollen zum ersten Male aufgeführt. Das Ballett ist von Fräulein Peters vorbereitet worden. Morgen, Freitag, kommt Die Fledermaus von Strauß zur Aufführung. Am 28. April wird in dem unter Leitung vom Königlichen und Universitäts-Musikdirektor Kahlwes stattfindenden Sinfoniekonzert Beethovens 8. und 9. Sinfonie zur Aufführung gebracht. Der Sonntag-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr Das Dreimäderlhaus, abends 7½ Uhr wird Lortzings Undine zum 2. Male gegeben. Für Montag ist die letzte Aufführung von Ariadne auf Naxos von Richard Strauß angesetzt.

Die Dauerkarten verlieren mit dem 30. April ihre Gültigkeit. Diejenigen Inhaber von Dauerkarten, die sie auch für die Sommerspielzeit beizubehalten wünschen, werden höflichst ersucht, dem Bureau des Stadttheaters baldigst Mitteilung zu machen. Die letzten Aufführungen (85. Vorstellung für Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Stammkarten-Inhaber) finden am 1., 2. bzw. 3. Mai statt. Eine Verlängerung der Gültigkeit der Wochentags-Stammkarten während der Sommerspielzeit läßt sich im Gegensatz zu den Dauerkarten nicht durchführen.

Die Leitung des Stadttheaters hat sich entschlossen, das reizende Lustspiel Die verlorene Tochter von Ludwig Fulda am Sonntag, den 29. April noch einmal im Thalia-Theater aufführen zu lassen, da die Aufführung am letzten Sonntag ausverkauft war, so daß viele Theaterbesucher an der Kasse zurückgewiesen werden mußten. Die weibliche Hauptrolle spielt in dieser Aufführung wieder Fräulein Gravi.

Die Kreisfettstelle teilt mit: In der Woche vom 29. April bis 5. Mai kommen im Saalkreis an Speisefetten zur Verteilung: 55 Gramm Butter für einen Versorgungsberechtigten, 70 Gramm Margarine außerdem an einen Schwerstarbeiter im Sinne der Bundesratsverordnung und 25 Gramm Margarine für Rüstungsarbeiter.

Allerlei.

Ein Berliner Kriegsbild.

Den Polizeibehörden Groß-Berlins war, wie wir im B. T. lesen, zur Kenntnis gekommen, daß trotz des vom Oberkommando in den Marken erlassenen Hamsterverbots in Privatwohnungen Tanzveranstaltungen veranstaltet würden. In einer der letzten Nächte gelang es der Charlottenburger Kriminalpolizei, in der Kaiserdamstraße eine größere Gesellschaft bei Tanz und Gelage zu überraschen. Etwa 60 Personen wurden angetroffen, die sich sämtlich einer polizeilichen Feststellung unterziehen mußten. Wie einträglich solche Veranstaltungen für den Wirt waren, mag daraus hervorgehen, daß für eine Flasche französischen Champagners 50 Mark gefordert und gezahlt wurden. Deutscher Sekt kostete 30 Mark, eine Tasse Schokolade 6 Mark, ein Butterbrot mit Wurst oder Schinken 5 Mark.

Verdeckende Wirkungen des Krieges!

Wir brauchen Kohlen!

Einen Notschrei veröffentlicht das Amtsblatt der Stadt Geyer in Sachsen an der Spitze seiner Ausgabe vom 19. April, der wie folgt lautet: Wir brauchen Kohlen! Wir sind gezwungen, wegen Kohlenmangels das Erscheinen unseres Blattes einzustellen, falls sich nicht der eine oder der andere Leser unseres Blattes bereit findet, uns aus Gefälligkeit einige Zentner Kohlen gegen Kasse abzulassen. Das Nichterscheinen des Amtsblattes würde gerade in der jetzigen Zeit von der gesamten Einwohnerschaft sehr unangenehm empfunden werden. Wir bitten daher alle, denen es möglich ist, ein paar Zentner Kohlen abzugeben, uns baldiast zu benachrichtigen, damit wir die Kohlen abholen lassen können. Verlag des Wochenblatt und Anzeiger.

Schillers Räuber in Apterbeck.

Der Theaterverein Fidelio in Apterbeck hat eine neue „Einrichtung" von Schillers Räubern vorgenommen. Er setzt seine Neuerungen im Bühnenbetrieb fort und hat nun selbst die Kritik über den erhebenden Abend versendet. Der General-Anzeiger für Dortmund teilt diese Kritik mit. Hier ist sie:

Unsere Aufführung der Räuber hat einen kolossalen Erfolg gehabt; ganz Apterbeck und Umgegend war auf den Beinen, um diese hervorragende Aufführung zu sehen. Der Kampf um die Gartenkonz entfesselte schon im ersten Akt ein solches Interesse, daß „der Todesstoß des alten Moor" kaum noch eine Steigerung bringen konnte. Nur „der Kampf um die Geliebte" fand noch größeren Beifall, um in der furchtbaren Schlachtszene den Höhepunkt zu finden. Nach dem einstimmigen Urteil aller Besucher war die Aufführung das Beste, was ganz Apterbeck seit vielen Jahren hier gesehen hat. Das Stück von Friedrich v. Schiller ist wirklich wert, aufgeführt zu werden, und ist selbiges daher ein Ehrenblatt in der Geschichte unseres Vereins. Die Darsteller übertrafen einer den anderen immer mehr, warum man nicht weiß, wem die Palme des Vorbeers zu reichen ist. Möchten selbige alle in Empfang nehmen und sie mit Recht als Belohnung für ihre großartigen Leistungen betrachten.

Nach dieser „großartigen Leistung" zu urteilen, haben deutsche Bühnenkunst und die Mitwelt noch Großes und Bedeutendes von den Apterbecker Mimen zu erwarten . . .

Ein Verbot gewerbsmäßiger Heiratsvermittlung ist von der Wiener Polizeidirektion ergangen. Es haben bereits mehrere Bestrafungen stattgefunden. Die Berufungen dagegen werden mit der Begründung zurückgewiesen, daß bei der sittlichen Bedeutung der Ehe eine gewerbsmäßige Vermittlung als sittenverletzend anzusehen sei.

Amtliche Wetteraussage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Freitag, den 27. April: Aufheiternd, vorwiegend trocken, tagsüber etwas wärmer.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Alles der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Hertzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170426-16/fragment/page=0006